

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller, Hans Heinz Holz (1927–2011)

Renate Münder

EDITORIAL

Mit besonderer Freude bringen wir einen Artikel von Herbert Mies, den wir von ihm zur Veröffentlichung erhalten haben: *In der Frage der deutschen Einheit haben wir uns schwer getan.*

Mit dem Schwerpunkt *China* betreten wir ein schwieriges Terrain. Die Frage des Klassencharakters der VR China wird in der DKP kontrovers diskutiert und auch in der Redaktion bestehen unterschiedliche Meinungen, wie wir das Thema behandeln sollen. Das ist meiner Meinung nach keine akademische Angelegenheit, sondern es wirkt sich auf unser praktisches Handeln aus, ob wir China als sozialistisch beurteilen oder nicht. Natürlich werden wir den Angriffen der Imperialisten, insbesondere bei ihren Einkreisungsversuchen, unabhängig hiervon im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegentreten. Aber wir wollen auch durch Solidarität und Aufklärung über Widersprüche den Sieg des Sozialismus in China unterstützen.

In diesem Heft beginnen wir mit Artikeln, die nicht von einem sozialistischen Charakter des Landes ausgehen bzw. die sich kritisch mit der VR China auseinandersetzen. Lucas Zeise beleuchtet das problematische Dollar-Verhältnis zwischen den USA und China, Gerhard Feldbauer schildert die Hintergründe des Konflikts zwischen Vietnam und China, und ein ZK-Mitglied der KKE sieht Chinas internationale Rolle im wesentlichen negativ. Vor dem Hintergrund der international be-

deutenden Rolle der KKE erscheint es uns aber wichtig, diesen Artikel in eine ernsthafte Diskussion mit einzubeziehen. Im nächsten Heft werden dann Gegenargumente folgen.

Wir meinen, dass die Debatte innerhalb der DKP um die Einschätzung Russlands im Moment in eine falsche Richtung geht. Eine konkrete Analyse der gegenwärtigen Lage zeigt, dass Russland an der Seite der Antifaschisten in der Ukraine steht. Deshalb weisen wir die Position der „Äquidistanz“ gegenüber den streitenden Parteien zurück und rufen zur Solidarität mit Russland, den Aufstandsbewegungen im Osten der Ukraine und den ukrainischen Antifaschisten auf und versuchen, diese Position in die Friedensbewegung zu tragen. Der Streit um den Klassencharakter Russlands ist zweifellos eine wichtige Frage, aber eine wissenschaftlich fundierte Antwort überschreitet zur Zeit unsere Möglichkeiten und darf nicht zu einer passiven Zuschauerrolle führen.

Richard Corell geht nicht nur von der Ökonomie aus, sondern von den Besonderheiten Russlands, er unterscheidet Kompradorenbourgeoisie und nationale Bourgeoisie und zieht die Parallelen zu Jugoslawien, wo wir ebenfalls verpflichtet waren, die jugoslawische Regierung Milošević gegen die NATO zu unterstützen. Erst dieser Widerstand hat die Aggressivität und Verlogenheit des deutschen Imperialismus enthüllt.

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob dem Kapital die Arbeit ausgehe, führen Stephan Müller und Helmut Dunkhase weiter, wobei Müller das Thema grundsätzlich anfasst: *Zur Bedeutung der Produktivkraft-Entwicklung für die aktuelle Krise.*

Thomas Lurchi äußert sich in Reaktion auf Ekkehard Lieberam zur Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und spricht sich für einen Paradigmenwechsel in der Klassenanalyse aus – eine fundierte Einschätzung, die der Frage der Klassenanalyse eine neue Richtung geben könnte.

Marcel de Jong versucht den Erfolgen der belgischen Partei der Arbeit (PVDA) auf die Spur zu kommen, und Björn Blach geht auf das Gesprächsangebot der neu gebildeten *Perspektive Kommunismus* ein. Neue Zusammenfassungen zeigen andere Wege auf als die DKP-Opposition, die auf *Jeder kann, wie er will!* setzt. Den Tendenzen dieser Strömung zur Diffamierung des demokratischen Zentralismus tritt Björn Schmidt entgegen: *Kontrovers diskutieren, einheitlich handeln!*

Zum Schluss der Literaturliste: Timur Stockkolm empfiehlt uns dringend die Lektüre des PapyRossa-Bändchens über den Stamokap von Gretchen Binus, Beate Landefeld und Andreas Wehr.



BLICKPUNKT CHINA UND RUSSLAND

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass ein sozialistischer Staat – oder ein Staat, der sozialistisch geprägt war, wie Lucas Zeise es formulierte – andere Mittel einsetzen kann, um der Krise entgegenzuwirken, als die imperialistischen Staaten. China hat die Kontrolle über den Kapitalmarkt behalten, sich nicht von den internationalen Banken abhängig gemacht.

Trotz seines enormen wirtschaftlichen Aufstiegs ist China immer noch ein Land auf niedriger Entwicklungsstufe, wie die Regierung selbst betont. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist jedoch ausschlaggebend für den Sieg des Sozialismus. Die Lenin'sche Erkenntnis, dass die „Arbeitsproduktivität ... in letzter Instanz das Allerwichtigste, das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung“ ist [1], bestimmte in den letzten Jahrzehnten die chinesische Politik.

Die Entwicklung der Produktivkräfte in China war von äußerst schwierigen Bedingungen des Klassenkampfes geprägt: Sie konnte nur durch Zulassung ausländischen Kapitals erreicht werden. Allein aus der Landwirtschaft konnten die Mittel für die Akkumulation nicht bereitgestellt werden. Noch heute arbeitet in China die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Die Folgen der Öffnung für den Weltmarkt liegen auf der Hand: Selbst eine begrenzte Zulassung des Kapitalismus ermöglicht es dem ausländischen Kapital, Druck auszuüben, Einfluss zu nehmen, und sie stärkt die einheimische Bourgeoisie.

Wenn wir über China reden, dann ist ein einheitliches Urteil schwer möglich. So ist der Entwicklungsstand der Provinzen höchst unterschiedlich. Während einige Küstenregionen ohne Weiteres mit den kapitalistischen Metropolen mithalten können, befinden sich viele entlegene ländliche Regionen noch im unteren Stadium eines Entwicklungslandes. Insgesamt liegt die Produktivität unter dem Durchschnitt der entwickelten kapitalistischen Länder. Dementsprechend ist auch die Entwicklung der Arbeiterklasse auf unterschiedlichem Niveau.

Und auch die Partei ist absolut nicht einheitlich. Die Marxisten-Leninisten befinden sich in der Minderheit. Seit 1990 ist klar, dass die These von der Unumkehrbarkeit des Sozialismus sich blamiert hat. Es gibt im Sozialismus noch Klassen und Klassenkampf; er ist noch zu großen Teilen von der alten Gesellschaft geprägt. Und es muss auch um den eingeschlagenen Weg gestritten werden: Stimmen die theoretischen Grundannahmen z. B. zur Produktivkraftentwicklung, zur Rolle des Marktes? Wird die Bedeutung der Hegemonie des Sozialismus im Volk richtig eingeschätzt? Wie kann dem Einfluss der Bourgeoisie und der Arbeiteraristokratie entgegengetreten werden, z. B. beim Kampf gegen die Korruption?

In diesem Heft beginnen wir mit Artikeln, die nicht davon ausgehen, dass China sozialistisch ist, wobei auch nur ein sehr begrenztes Themenfeld angesprochen wird. Der stark gekürzte Text von Elisseos Vagenas, Mitglied des ZK der KKE, ist das eine Extrem der Stellungnahmen. Das fordert Gegenargumente heraus: Im nächsten Heft werden Artikel erscheinen, die den sozialistischen Charakter der VR China betonen.

Die Beurteilung, ob China sozialistisch ist oder nicht, wird sich insbesondere darauf auswirken müssen, wie wir uns zu den Einkreisungsversuchen des Imperialismus verhalten. Natürlich werden wir den Angriffen der deutschen Imperialisten im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegenzutreten. Aber wir wollen auch durch Solidarität und Aufklärung den Sieg des Sozialismus in China unterstützen: Eine Beurteilung der VR China als sozialistisch heißt, dass wir auch für deren historischen Erfolg kämpfen!

Solidarität mit Russland! Gefahr des 3. Weltkriegs benennen!

Die Gemeinsamkeit der bisherigen Artikel in T&P zu Russland anlässlich der Konfrontation in der Ukraine bestand in der Aussage: Russland ist nicht der Aggressor, sondern Ziel imperialistischer

Aggression. Und: Russland steht an der Seite der Antifaschisten in der Ukraine. Deshalb darf es keine Äquidistanz in dieser Frage geben. Umgekehrt ist die Solidarisierung gegen die antirussische Aggression notwendig für die Unterstützung des Kampfs der ukrainischen Antifaschisten.

Alle Autoren, die bisher in T&P zu Wort kamen, betonen die Eskalation der zwischenimperialistischen Widersprüche, sehen die Gefahr eines Weltkriegs heraufziehen und schätzen übereinstimmend ein, dass EU und USA Faschismus als machtpolitische Option wieder für nutzbar halten. Gemeinsame Position aller Autoren ist ebenfalls, dass der Kampf gegen den deutschen Imperialismus unsere Hauptaufgabe ist. Das ist eine ganze Menge.

Welche Rolle spielt da die Frage, ob Russland imperialistisch ist? Diese Debatte ist nicht überflüssig, wie manche Genossen meinen, denn sie führt ja viele Demokraten und Antifaschisten, auch Kommunisten, zu falschen Schlussfolgerungen: Mit einem imperialistischen Land könne es kein Bündnis geben! Eine Untersuchung Russlands nach Maßgabe der Lenin'schen Kriterien bringt nicht die entscheidenden Anhaltspunkte in der aktuellen Bündnisfrage – abgesehen davon, dass sie sich nicht nur auf die Ökonomie beziehen. Auch das Verhältnis der Klassen im Lande spielt eine Rolle, die Verfasstheit der Bourgeoisie, ob es sich um nationale oder um Kompradorenbourgeoisie handelt, usw.

Richard Corell geht nicht nur von der Ökonomie an die Frage heran und setzt sich noch einmal mit den Positionen von Bratanovic/Carlens in Heft 37 auseinander. Wir wollen den Anspruch, zu den Diskussionen in der DKP beizutragen, nicht aufgeben, obwohl wir uns der Grenzen unserer Möglichkeiten bewusst sind. Das Fehlen eines professionellen wissenschaftlichen Apparats ist nicht ohne Weiteres auszugleichen. Wir verfolgen die Maxime: Kontrovers diskutieren, eine Entscheidung herbeiführen, einheitlich handeln, aus Fehlern lernen!

Bündnispartner in Frage der Ostukraine

Für die Antifaschisten in der Ostukraine sowie die Antifaschisten hier, die sie gegen die Kriegspolitik der NATO und des deutschen Imperialismus unterstützen, besteht Interessengleichheit mit Russland, es ist *in dieser Frage* Bündnispartner. Das bedeutet für uns, dass wir Solidarität nicht nur mit der Ostukraine, sondern auch mit Russland zu organisieren haben, gegen die bodenlose Medienhetze, gegen Sanktionen und Einkreisungspolitik. Das ist *proletarischer Internationalismus*, wer will, kann auch *Außenpolitik der Arbeiterklasse* dazu sagen.

Die Aggressionspolitik gegenüber Russland birgt die Gefahr eines Weltkriegs. Denn Russland hat zwar nicht die Kapazitäten wie die USA, Angriffskriege zu führen. Aber sein Verteidi-

gungspotenzial, vor allem seine Atomwaffen, würden für jeden militärischen Aggressor eine Antwort nach sich ziehen, die für alle beteiligten Länder katastrophale Folgen hätte.

In T&P 37 hat Björn Schmidt bereits die Aufgaben herausgearbeitet, die sich für die deutsche Linke, insbesondere die Kommunisten, ergeben:

„Es ist ein Fortschritt, dass es in der linken Diskussion immer mehr gelingt, den faschistischen Putsch in Kiew als solchen zu erkennen, die abwartende Haltung zu verlassen und die Solidarität mit den verfolgten Linken in der Ukraine zu organisieren. Der nächste Schritt muss es sein, in der bundesdeutschen Linken und der Friedensbewegung die Distanzierung von Russland zu überwinden. In der Bevölkerung muss verbreitet werden: Russland ist in dieser Situation nicht der Aggressor, sondern

wird umgekehrt von der NATO/EU bedrängt. Auf dem Weg gen Osten gehen NATO und EU über die Leichen der ukrainischen Bevölkerung. Die Solidarisierung mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten in der Ukraine kann also nur dann Wirkung zeigen, wenn sie mit dem Kampf gegen die antirussische Aggression verknüpft wird.“

Für die Aufgabe, „in der bundesdeutschen Linken und der Friedensbewegung die Distanzierung von Russland zu überwinden“, dafür sind viele der vorgebrachten Argumente der Debatte nützlich – auch wenn sie noch keine umfassende Analyse der gegenwärtigen Situation in und um Russland liefern.

Quellen und Anmerkungen:

[1] LW 29, 416



Lucas Zeise

CHINA UND DER DOLLAR

Mitte dieses Jahres erreichten die von der Zentralbank Chinas gehaltenen Devisenreserven knapp vier Billionen (also 4.000.000.000.000) Dollar. Fünf Jahre zuvor war die Summe noch halb so groß. Der Währungsschatz der Volksbank Chinas, wie die Zentralbank offiziell heißt, ist der bei weitem größte Schatz an Vermögenswerten, der von irgendeinem Staat dieser Erde gehalten wird. Die nach China größten Devisenreserven halten derzeit nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) Japan (1,25 Bill. \$), Saudi-Arabien (733 Mrd. \$), die Schweiz (521 Mrd. \$) und Russland (432 Mrd. \$).

Die Volksbank Chinas macht selbst keine Angaben, in welcher Form und welchen Währungen die Reserven gehalten werden. Noch vor zehn Jahren bestand der weit überwiegende Teil der Reserven aus auf Dollar lautenden Staatsanleihen der USA. Das US-Finanzministerium seinerseits gibt an, dass die Zentralbank Chinas Ende vergangenen Jahres US-Staatsanleihen im Wert von 1,22 Bill. Dollar hielt und damit der größte Einzelgläubiger der USA war.

Wie kommt es zu diesen merkwürdigen Verhältnissen? Warum wird das noch immer bei weitem mächtigste und reichste Land des Globuses – die USA – zu einem erheblichen Teil von einem immer noch relativ armen Land finanziert, das bis vor kurzer Zeit noch als Entwicklungsland bezeichnet wurde, das von einer dem Namen nach kommunistischen Partei geführt wird und das von den USA selbst als größte potenzielle Bedrohung für ihren Status als imperialistische Hauptmacht angesehen wird? Wie kommt es, dass China überhaupt in dieser Größenordnung Kapitalexpert betreibt und sich damit geradezu klassisch als imperialistische Macht qualifiziert?

In den Monopolkapitalismus katapultiert

Die ganz allgemeine Antwort auf diese Fragen besteht in der Feststellung, dass der Prozess der globalen Vergesellschaftung der Arbeit das bevölkerungsreichste Land der Erde in einer historisch kurzen Zeit von etwa 30 Jahren erfasst hat. Dieses Land wurde so von einer gerade

erst beginnenden sozialistischen Entwicklung in einen vom Monopolkapitalismus geprägten Entwicklungsstand katapultiert, der es dank seiner Größe zum natürlichen Konkurrenten um die Vorherrschaft innerhalb des imperialistischen Weltsystems macht. Eine so gewaltige Akkumulation von Kapital hat noch nie zuvor so schnell stattgefunden. Noch nie zuvor ist eine Bourgeoisie so schnell zu solch ökonomischer Größe und Mächtigkeit angewachsen.

Damit dieser wahrhaft große Sprung möglich wurde, waren bestimmte Voraussetzungen in China selbst nötig. Es waren aber auch Voraussetzungen in der Entwicklung des Weltkapitalismus nötig. Zu Letzterem gehörten der Aufbau eines überdimensionierten Finanzsektors in der Weltwirtschaft und die Fähigkeit und die Bereitschaft der USA – des wirtschaftlich mächtigsten Landes auf dem Globus – sich zu verschulden.

Die bei der Volksbank Chinas aufgehäuften riesigen Dollarbeträge sind Ausdruck dafür, dass die USA und China in den letzten zwei Jahrzehnten in einem



engen symbiotischen Verhältnis zueinander standen. Die finanziellen Zuwendungen – nichts anderes geschieht beim Kauf einer Staatsanleihe – des Schwachen an den Starken hatten und haben nicht etwa den Charakter von Tributzahlungen. Vielmehr dienten die USA dem Herausforderer als Absatzmarkt. Dank der stetig wachsenden Nachfrage nach Konsumgütern in den USA konnte in China eine rasch wachsende Industrie entstehen. Sie wiederum war eine Voraussetzung für die schnelle wirtschaftliche Entwicklung Chinas in den letzten zwei Jahrzehnten.

US-Nachfrage fördert chinesische Exporte

Nicht nur China war im jüngsten Weltwirtschaftsaufschwung vor der Finanzkrise auf den Nachfragesog aus den USA angewiesen. Viele Länder profitierten davon, dass im reichsten Land der Erde eine scheinbar unerschöpfliche Nachfrage bestand. Bekannt oder besser berüchtigt sind die Investitionen europäischer Banken und anderer Kapitalsammelstellen in strukturierte Kreditprodukte aus den USA, die aus Hypotheken oder Kreditkartenschulden bestanden und zum Auslöser der noch tobenden Finanzkrise wurden. Bemerkenswert am Gläubigerstatus Chinas ist aber, dass er sich in den offiziellen Reserven der Notenbank niederschlägt. In anderen Ländern sind es private Vermögensverwalter und Geschäftsbanken, die Finanztitel aus den USA anhäufen. Zweitens verlief die Akkumulation an US-Finanzguthaben durch China außergewöhnlich schnell. Der Grund für beides ist das chinesische Wechselkursregime. Der Kurs der chinesischen Volkswährung Renminbi ist nicht dem Devisenmarkt überlassen – da ist China noch vom früheren Sozialismus geprägt. Alle von chinesischen Exporteuren im Ausland verdienten Geldbeträge müssen in chinesische Yuan getauscht werden. Diese vorwiegend Dollar- aber auch Euro- oder Yen-Beträge blähen somit direkt die Devisenguthaben der chinesischen Zentralbank auf. Die Exporteure erhalten dafür von der Zentralbank frisch geschaffene Yuan, was die Menge des umlaufenden Geldes in China massiv erhöht.

Das Verhalten Chinas ist unter den obwaltenden Umständen rational. China

nutzte die in den USA weitgehend durch Kredit finanzierte Nachfrage, um in einem beispiellosen Kraftakt eine starke Exportindustrie aufzubauen. In der Anfangsphase geschah dies mit staatlichen Mitteln: chinesischen aber auch ausländischen Investoren wurden sehr günstige Kredite gewährt. Nach dieser Aufbauphase stellte die Finanzierung kein Problem mehr dar, weil ausländisches Kapital ins Land drängte und die Erlöse aus den Exporten sprunghaft wuchsen. Entscheidend war jedoch, dass die chinesische Führung jederzeit die Kontrolle über den Kapitalverkehr mit dem Ausland behielt. Der Wechselkurs des Yuan–Renminbi wurde niedrig genug gehalten, um die Konkurrenzfähigkeit chinesischer Exportprodukte zu gewährleisten. Die US-Regierung und mit ihr die Regierungen der sieben größten kapitalistischen Länder (G7) forderten von China, die Kontrolle der eigenen Währung zugunsten eines vom Devisenmarkt bestimmten Kurses aufzugeben. In diesem Punkt blieb die chinesische Regierung jedoch hart. Erst seit Juli 2005 ließ sie eine mäßige Aufwertung des Renminbi zu.

Lange bevor die Finanzkrise 2007 ausbrach, wurde offensichtlich, dass die bei der Zentralbank angehäuften Dollarreserven für China keine im Sinne der Anlagestrategie eines Fonds sinnreiche Investition waren. Seit 2001 befand sich der Dollar im Abwärtstrend. Die geringen Zinsen, die auf US-Staatsanleihen gezahlt werden, konnten die Verluste des Dollars gegenüber den meisten anderen Weltwährungen (einschließlich des kontrolliert teurer werdenden Renminbi–Yuan) nicht kompensieren. Aber für China war die Anhäufung von Dollarreserven ja nur eine Nebenerscheinung. Der Zweck der Gelegenheit war Verkaufsförderung für chinesische Exporte oder anders gesagt „Marktpflege“. Beobachter weisen auf die geschichtliche Parallele der frühen Bundesrepublik hin. Westdeutschland häufte bis in die frühen 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts durch die – dank einer unterbewerteten Währung – hohen Exporte viele Milliarden an Dollar- und Goldreserven an. Sie werden unverändert von der Deutschen Bundesbank gehalten. Auch sie war mehrfach gezwungen, wegen des gesunkenen Dollarkurses diese Reserven bilanziell abzuwerten.

Öffnung des Kapitalmarkts angestrebt

Spätestens die Finanzkrise seit 2007 hat gezeigt, dass das Akkumulationsmodell Chinas auf Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Die globale Verschuldung, aber insbesondere die der USA, kann nicht mehr nennenswert gesteigert werden. Der Export von Waren in die USA wächst nur noch mäßig. Die hohen Devisenreserven Chinas könnten es dem Land erleichtern, den Binnenmarkt stärker zu entwickeln und so mitten in der globalen Überproduktionskrise weiter relativ stärker zu wachsen als andere kapitalistische Länder. Das setzt allerdings kräftige Lohnsteigerungen, eine Änderung der staatlichen Umverteilung zugunsten der breiten Massen und also eine Schwächung der jungen heimischen Monopolbourgeoisie voraus.

Es sieht zur Zeit aber danach aus, als würden Partei- und Staatsführung eine andere Strategie verfolgen. Sie läuft darauf hinaus, den Kapitalmarkt Chinas gegenüber dem Ausland zu öffnen, den Finanzsektor des Landes weiter auszubauen und damit – auf der Grundlage einer noch starken Realwirtschaft – die Vorherrschaft des Dollars und des US-Finanzkapitals zu brechen. Das ist keine neue Entwicklung. Schritte dorthin waren bisher eine Stärkung der heimischen Börsen und die Öffnung des Aktienmarkts für ausländische Investoren, die Teilprivatisierung der Banken, das stärkere Engagement des Staatsfonds nicht nur bei Rohstoff- und Industrie-, sondern auch bei Finanzkonzernen im Ausland.

Das wird flankiert mit einer Reihe von bilateralen Abkommen mit anderen Staaten, die es beiden Seiten ermöglicht, in der jeweils anderen Währung Zahlungen abzuwickeln. Mit den wichtigsten EU-Staaten – darunter Deutschland – bestehen mittlerweile solche Abkommen. Der geplante Effekt tritt bereits ein. Der bisher im internationalen Zahlungsverkehr mit 43 Prozent dominierende US-Dollar wird weiter an Bedeutung verlieren. Wenn die Bedeutung des Renminbi im Zahlungsverkehr von jetzt nicht einmal zwei Prozent zunimmt, steigen auch die Bestände der chinesischen Währung im Ausland. Das würde die Währung zur Weltreserve-

währung machen, vergleichbar vielleicht mit dem Euro heute, über den knapp 30 Prozent des internationalen Zahlungsverkehrs abgewickelt werden.

Die Vorteile einer solchen Entwicklung sind offensichtlich. Die Geldschöpfungsgewinne, die den Emittenten eines Zahlungsmittels zufallen, würden für den chinesischen Staat und die chinesischen Banken kräftig steigen und dem US-amerikanischen Finanzkapital verloren gehen. Entsprechend würde das

chinesische Finanzkapital in die Lage versetzt, es mit der imperialistischen Konkurrenz auch auf dem internationalen Kapitalmarkt aufzunehmen.

Allerdings ist eine enge Kontrolle des Kapitalverkehrs durch die chinesische Volksbank und Regierung, wie sie bisher bestand, dann nicht mehr möglich. Eine solche Weltwährung – vergleichbar dem Euro oder gar dem Dollar – zu kontrollieren wird überhaupt schwerer. Sie gegen den Kurs des Finanzkapitals,

sei es US-amerikanisch, Euro-deutsch oder chinesisch in Stellung zu bringen, um einen sozialistischen oder auch nur sozialen Kurs in die Wege zu leiten, ist ausgeschlossen, selbst wenn die chinesische Staatsführung es irgendwann einmal jemals wollen sollte.



Gerhard Feldbauer

ZU HINTERGRÜNDEN DES KONFLIKTS ZWISCHEN DER VR CHINA UND DER SR VIETNAM [1]

Der territoriale Konflikt um die Paracel- und Spratly-Inseln zwischen der VR China und der SR Vietnam eskalierte im Mai 2014 in bis dahin nicht bekanntem Ausmaß. Er schwelt seit Jahrzehnten und hat tiefe historische Wurzeln. Hanoi, das die Inselgruppe für sich beansprucht, hat das Gebiet zu seiner Wirtschaftszone erklärt. Peking behauptet, die Inseln gehörten schon immer zu China. Es handelt sich um ein Gebiet mit immensen Vorkommen an Gas und Öl und reichen Fischfanggründen, das auch große geostrategische Bedeutung hat. China macht rund drei Viertel des Vietnam vorgelagerten Meeresgebietes als historisch zu China gehörend geltend. Das ist mehr als fraglich, denn Vietnam war über 2000 Jahre Peking tributpflichtig bzw. eine chinesische Halbkolonie, wogegen sich das Land zwischen Rotem Fluss und Mekong immer wieder zur Wehr setzte. Seit der Erringung seiner nationalen Unabhängigkeit in der Augustrevolution 1945 und ihrer Verteidigung gegen die Intervention Frankreichs und der USA beansprucht Vietnam die Inselgruppe als sein Hoheitsgebiet. Vietnam verteidigt seine geltend gemachten Ansprüche nachdrücklich und friedlich. Das Vorgehen der VR China sieht es als

eine Bedrohung. Die Rechtslage in der Frage ist unklar, das Völkerrecht bietet keine Lösung, da die „United Nations Convention on the Law of the Sea“ (UNCLOS) bei Streitigkeiten auf Freiwilligkeit setzt.

Enkel Dschingis Khans vertrieben

Der Expansionsdrang aus dem Norden brachte einen noch heute lebendigen, starken Unabhängigkeitsdrang hervor. Im 13. Jahrhundert wehrten die Könige der Tran-Dynastie dreimal erfolgreich die Angriffe der Mongolen ab, die in dieser Zeit in China herrschten. Darunter fiel der Sieg des noch heute in Vietnam verehrten Nationalhelden Tran Hung Dao, der 1284 ein unter dem Enkel Dschingis Khans eingefallenes Heer verjagte. Während des Bauernaufstands der Tay Son [2], der frühbürgerlichen Revolution in Vietnam, wurde 1789 in der Schlacht bei Hanoi ein in Vietnam zur Zerschlagung der revolutionären Erhebung eingefallenes Heer der Qing vernichtend geschlagen. Die Niederlage war so verheerend, dass der Hof in Peking Frieden schloss und die Tay Son anerkannte. Diese Traditionen muss man im Auge haben, wenn man die Empörung verstehen will, mit der

die Vietnamesen gegen das chinesische Vorgehen protestierten.

Aus marxistischer Sicht muss sicher beachtet werden, dass die Erweiterung des kapitalistischen Sektors in China die Gefahr eines Wiederauflebens des alten Han-Großmachtchauvinismus – der Beherrschung Asiens – in sich birgt. Nicht außer Acht lassen kann man auch den Einfall Chinas im Januar 1979 in Vietnam. Er war eine chinesische Reaktion auf den Sturz des von Peking ausgehaltenen, blutigen Pol-Pot-Regimes in Kambodscha durch die Vietnamesische Volksarmee und wurde ganz offiziell „Strafaktion“ genannt. In den Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts forderte Peking damals von Hanoi eine Erklärung über den Verzicht auf die Paracel- und Spratly-Inseln, was Vietnam ablehnte. [3]

Bei der Bewertung der unterschiedlichen Haltung Hanois während der Ereignisse im Mai 2014 [4] ist auch einzubeziehen, dass Vietnam nach der Befreiung des Südens des Landes und dem Sieg über die größte westliche Militärmacht 1975 und seiner folgenden, starken wirtschaftlichen Entwicklung in der Region, als ein militärisches Schwergewicht



wicht gilt. Nach den Zusammenstößen im Mai brachte Vietnam den Konflikt auf einer Tagung der ASEAN in Myanmar zur Sprache und beantragte, das Vorgehen Chinas zu verurteilen, was jedoch keine Mehrheit fand. Besonders Kambodscha, das unter starkem Einfluss Chinas steht, blockierte eine gemeinsame Haltung. Singapur und Thailand, die selbst keine Ansprüche auf die Inselgruppe erheben, tragen jedoch wie andere Mitgliedsstaaten auch der wachsenden, vor allem wirtschaftlichen Rolle Chinas Rechnung und wollen keinen Affront mit Peking.

China brachte seinen Konflikt mit Vietnam vor die Vereinten Nationen. Die UN-Vollversammlung sollte sich mit der Auseinandersetzung um die Bohrinselfassen [5]. Wie beim Vorgehen Vietnams auf der ASEAN-Tagung wurde auch hier deutlich, dass zwei sozialistische Länder nicht in der Lage waren, Schritte zur Konfliktregelung über ihre staatlichen bzw. Parteibeziehungen zu unternehmen. Müssten doch im Vordergrund Schritte beider sozialistischer Staaten und ihrer kommunistischen Parteien stehen, wie diese Gebiete perspektivisch zuverlässig dem Zugriff des Imperialismus entzogen und gemeinsam erschlossen werden können.

Das heutige Vorgehen Chinas steht in striktem Gegensatz zur einstigen Normalisierungs-Politik Deng Xiaopings Ende der 70er Jahre, stellte Günter Giesenfeld fest. Sie zielte damals darauf ab, freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn aufzubauen und Auseinandersetzungen zu vermeiden. „Unsere Souveränität bekräftigen, die Konflikte beiseitelegen, eine gemeinsame Entwicklung anstreben“ hieß es damals. Noch im Jahre 2000 hatte der chinesische Außenminister diese Haltung betont.

USA suchen Konflikt zu nutzen

Denn der Konflikt erhält Brisanz dadurch, dass ihn die USA im Rahmen ihres strategischen Konzepts des Ausbaus ihrer militärischen Präsenz im asiatisch-pazifischen Raum gegen die Volksrepublik China zu nutzen suchen. Sie spielen sich als Schutzmacht auf, und es erweckt den Anschein, Vietnam suche das in pragmatischer Weise zu nutzen. So empfing Vietnam 2010 einen Verband der US-Navy mit dem Flug-

zeugträger „George Washington“ an der Spitze zu einem Flottenbesuch in der Hafenstadt Da Nang. In der westlichen Presse wurde das als Versuch der USA gewertet, den alten Kriegsgegner Vietnam als Verbündeten zu vereinnahmen. Hanoi wies das zurück und ordnete es in normale Militär-Beziehungen ein, die in der letzten Zeit allerdings weiterentwickelt wurden. Die Viet Nam News zitierte am 2. Juni 2014 den Ministerpräsidenten der SR Vietnam, Nguyen Tan Dung, der in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Bloomberg u. a. sagte: „Die Vereinigten Staaten sind eine globale Macht und ebenfalls eine Macht in der Asien-Pazifik-Region. Wir hoffen, dass die USA stärkere, praktischere und effektivere Beiträge zum Frieden und der Stabilität in der Region leisten.“

Im Mai-Konflikt hatte Washington eindeutig Partei für Vietnam ergriffen. Pentagon-Minister Charles Hagel beschuldigte China im April auf der Sicherheitskonferenz „Shangri-La-Dialog“ in Singapur, „destabilisierend und einseitig gehandelt“ zu haben. Er rief Peking „zur Ordnung“ und nannte dessen Vorgehen „Einschüchterung“ und „Nötigung“. Die Vereinigten Staaten würden nicht wegsehen, „wenn die fundamentalen Prinzipien der internationalen Ordnung herausgefordert werden“, drohte Hagel. Der Vize-Chef des chinesischen Generalstabs, General Wang Guanzhong, konterte: „Das ist eine freche Einmischung der USA.“ Nicht China, sondern die USA destabilisierten „mit Drohungen und Einschüchterungen“ die Situation.

Russland zwischen den Fronten

Russland arbeitet sowohl mit Peking als auch mit Hanoi zusammen und vermeidet, sich einseitig auf eine Seite zu schlagen. Auf das aggressive Vorgehen der NATO im Rahmen des Konflikts um die Ukraine gegen Russland und den Konfrontationskurs der USA gegen China reagierten beide Seiten mit einer Verstärkung auch ihrer militärischen Zusammenarbeit: Davon zeugte, dass neben dem Abschluss des milliardenschweren Abkommens über russische Gaslieferungen nach China vom 20. bis 26. Mai 2014 ein gemeinsames Flottenmanöver im Ostchinesischen Meer stattfand, das Präsident Putin und sein Kollege Xi Jinping zwei Tage verfolgten. Die „Stimme Russlands“ nannte das

Manöver eine direkte Antwort auf das Vorgehen der USA gegen Russland in der Ukraine, um dort „das Potenzial der NATO auszugleichen und eine ausbalancierte Gruppierung der Marinekräfte zu schaffen, die imstande ist, sich gegen die NATO zu behaupten“.

Russland und China betonten jedoch, dass sie nicht nur auf militärische Stärke setzen. Sie vereinbarten, ihre Mitarbeit im Rahmen der Konferenz für Interaktion und Vertrauensbildung in Asien (CICA), einem Sicherheitsforum in der Asien-Pazifik-Region, abzusprechen und zu verstärken. Der Gruppe gehören 26 Staaten an, die USA und Japan sind nur als Beobachter vertreten.

Den Tiefseehafen Cam Ranh am südchinesischen Meer würde Russland gerne als Stützpunkt für seine Marine nützen. Dass Vietnam „nicht abgeneigt“ sei, Cam Ranh den USA zu überlassen, wie die Badische Zeitung gerade schrieb [6], ist eher unwahrscheinlich.

Den jüngsten Konflikt im Mai dieses Jahres legten Hanoi und Peking dann friedlich bei. Nach einem Treffen zwischen dem chinesischen Handelsminister Gao Hucheng mit dem vietnamesischen Minister für Industrie und Handel, Vu Huy Hoang, wurde die Gewalt gegen chinesische Unternehmen in Vietnam beendet. Nguyen Tan Dung rief danach die Polizei auf, die Sicherheit ausländischer Unternehmen zu gewährleisten. Näheres wurde nicht bekannt. Es ist zu hoffen, dass beide Seiten auch in Zukunft Vernunft walten lassen.

Schließlich sind die Parteiführungen sowohl in Peking als auch in Hanoi mit einer Reihe gleicher Probleme konfrontiert: So führen der Einfluss des privatkapitalistischen Sektors und die Auswirkungen der Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital zu Tendenzen und zum Andern zu Korruptionerscheinungen, der auch führende Vertreter der kommunistischen Partei und des Staates verfallen. Marxisten in beiden Parteien sind besorgt, ob die Parteiführungen sowohl in der VR China als auch in der SR Vietnam diese Prozesse unter Kontrolle halten.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Es handelt sich, schon aus Platzgründen, um keine umfassende Analyse der Probleme, sondern um die Darlegung einiger Aspekte. Es sei hier auf den Vietnam-Kurier der Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam verwiesen, der sich bereits mehrfach mit der Thematik befasste, zuletzt in seinem Heft 2/2014 gleich mit zwölf fundierten Beiträgen, darunter fünf von Günter Giesenfeld, weitere von Norman Paech und Nguyen Thi Bing, während des Krieges

Außenministerin der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam, später stellvertretende Präsidentin der SR Vietnam.

[2] Benannt nach den Bergen im westlichen Zentralvietnam, wo der Aufstand ausbrach.

[3] Nachdem China versuchte, eine Ölplattform in dem umstrittenen Gebiet zu verankern, kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kriegsschiffen beider Seiten, bei denen es, wie auch bei anschließenden Protesten gegen chinesische Betriebe in Saigon Tote und Verletzte gab.

[4] Das Thema wird in Publikationen des Autors behandelt: Zusammen mit Irene Feldbauer, Sieg in Saigon. Erinnerungen an Vietnam, Pahl Rugenstein, Bonn 2005, Neuauflage 2006, und Vietnamkrieg, Papyrossa, Köln 2013.

[5] Zeit-online, 10.6.2014.

[6] Badische Zeitung, 18.11.2014



*Eliseos Vagenas**

DIE INTERNATIONALE ROLLE CHINAS

... IN DER WIRTSCHAFT (2010)

Monopole und Kapitalexport

Die Vergrößerung der wirtschaftlichen Macht Chinas steht außer Frage. [...] In 2010 errang China weltweit den zweiten Platz (nach den USA) in der Rangliste der Milliardäre (130); deren Vermögen sind innerhalb eines Jahres um 222 Prozent gestiegen. Es wird auch geschätzt, dass die 1000 reichsten Menschen in China ihr Vermögen innerhalb eines Jahres um 30 Prozent vergrößerten – von 439 Milliarden Dollar auf 571 Milliarden Dollar. [...] Wir wollen erwähnen, dass nach den Schätzungen der Vereinigung chinesischer Geschäftsleute – wie im chinesischen Fernsehen gezeigt – 8,5 Prozent der 500 größten Monopole chinesisch sind (43 Konzerne). Heute haben die amerikanischen Monopole noch das Doppelte des Gewinnvolumens im Vergleich zu den Chinesen, aber der Trend läuft in die Richtung, dass chinesische Monopole individuell profitabler sind und eine schnellere Kapitalbildungsrate haben als amerikanische.

Die offiziellen Statistiken zeigen auch, dass in der Phase von 2004 bis 2010 die Anzahl privater Firmen in China um 81 Prozent gestiegen ist und die Anzahl privater Unternehmen 3.596.000 erreicht hat. Die Profite der 500 größten privaten Konzerne stiegen in 2009 um 23,27 Prozent.

Kapitalanlagen und Rohstoffquellen

In derselben Zeit haben diese Konzerne, neben chinesischen Staatsmonopolen herwirtschaftend, den internationalen Wettbewerbsdruck erhöht. 117 dieser Firmen nahmen an 481 Investitionsplänen im Ausland teil, in die sie 225,7 Millionen Dollar investierten. Insgesamt erreichten Chinas Direktinvestitionen in 2009 weltweit 56,53 Milliarden Dollar (5,1 Prozent der globalen Investitionen) und waren damit die Fünftgrößten weltweit. [...] Währenddessen erhöhte China seine Aneignung amerikanischer Staatsanleihen um drei Milliarden Dollar auf jetzt 86,7 Milliarden und behielt seine Stellung – vor Japan, als größter ausländischer Eigentümer amerikanischer Staatsanleihen. [...]

Eine andere bemerkenswerte Erscheinung ist der Wunsch Chinas, so viele Bodenschätze wie möglich zu kontrollieren, vermehrt direkt von chinesischen Konzernen. Afrika ist im Mittelpunkt dieser Aktivität. Das Folgende ist besonders bezeichnend: In den 1990ern belief sich das gesamte Außenhandelsvolumen Chinas mit afrikanischen Ländern auf etwa fünf bis sechs Milliarden Dollar, bis 2003 hatte sich dieses auf 18 Milliarden Dollar erhöht, und 2008 erreichte es 100 Milliarden Dollar. Heute hat China eine bedeutsame wirtschaftli-

che Präsenz in fast allen afrikanischen Ländern. [...]

Solidarische Investitionen?

Die beiden folgenden Argumente werden häufig vorgebracht, um das oben Angesprochene (die Einbindung Chinas in das internationale imperialistische System) zu widerlegen:

a) Das Argument, dass die Sowjetunion auch Außenhandelsbeziehungen hatte. Wir sollten uns daran erinnern: Über die Hälfte der Handelstransaktionen der UdSSR wurden mit anderen sozialistischen Ländern des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe abgeschlossen. Fast ein Drittel der sowjetischen Transaktionen wurden mit Öl oder Erdgas getätigt, was sie im Überfluss besaß, während der Trend zu mehr Exporten und zur Aufwertung der Beziehung zu den hochentwickelten kapitalistischen Ländern erst nach den 60er Jahren eintrat, getragen von der opportunistischen Auslegung des Standpunkts der „friedlichen Koexistenz“ und des „friedlichen Wettbewerbs“. Nichtsdestotrotz, die Sowjetunion besaß weder ein Drittel der amerikanischen Staatsanleihen noch exportierte sie Kapital. So wäre niemandem je eingefallen, dass die UdSSR den Hafen von Piräus oder Thrasio kaufen könnte! Tatsachen, die den qualitativen Unterschied zwischen China heute und



einem sozialistischen Land wie der Sowjetunion aufzeigen.

b) Manchmal hören wir aus bestimmten Gegenden, dass China im Gegensatz zu anderen imperialistischen Mächten mit seinen Investitionen nicht die Ausplünderung der Bodenschätze anderer Länder betreibt, sondern die Erschaffung von Infrastruktur (Straßen, Gebäude, Werkstätten, Krankenhäuser, Schulen etc.) im Sinn hat. Das Ziel ist, wie die Chinesen selbst behaupten, dass diese Länder „die Entwicklung ihrer Infrastruktur verbessern und Wirtschaftsbeziehungen gefördert werden“.
[...]

[Aber das ändert] nichts an der Tatsache, dass diese Mittel nicht das Endziel der chinesischen Aktivitäten sind. Das Ziel ist die Vereinfachung chinesischer Investitionen in diese Länder, die Vereinfachung des „Weges“ des chinesischen Kapitals, das an diesen Orten operiert, also die Anhäufung von Kapital. [...]

Heute – mit der Entwicklung und Vorherrschaft kapitalistischer Produktionsverhältnisse in China, mit Chinas Beteiligung in imperialistischen Organisationen wie der Welthandelsorganisation und seiner Eingliederung in das imperialistische System – unterscheidet sich seine Haltung nicht von der der imperialistischen Mächte. Die Differenzen, die China mit den USA hat, haben mit der Verteilung der Beute zu tun – während Harmonie bei Themen wie den Rechten der Arbeiter herrscht, die zum „Wohle“ der Marktwirtschaft eingeschränkt werden, oder gegen Staaten, deren Taten den Monopolen der führenden imperialistischen Mächte zuwiderlaufen. [...]

Griechenland – Finanzspritze für Plutokratie

[Ein Beispiel dafür] ist der Besuch des chinesischen Premierministers Wen Jiabao in Griechenland im Oktober 2010. In seiner Rede vor dem griechischen Parlament erklärte er, dass China einen stabilen Euro unterstütze, weil „wir den Glauben haben, dass ein vereintes und starkes Europa eine unersetzliche Rolle bei der Entwicklung der Welt spielen kann“, und fuhr fort, dass er „Freude verspüre, wenn er sehe, wie Griechenland sich aus dem Schatten der Auslandsschulden befreie, seine Schulden verringere und der wirtschaftlichen

Entwicklung neue Zukunftsaussichten öffne“. In diesen beiden Sätzen schaffte es der Premierminister Chinas und Vollmitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas, die Unterstützung seiner Landesführung für das europäische imperialistische Zentrum der EU und für unsere sozialdemokratische Regierung PASOK zusammenzufassen, die unter dem Vorwand des Schuldenabbaus ein hartes und unmenschliches, gegen die Arbeiterklasse gerichtetes Programm einführt, um die Arbeitskosten in Griechenland zu verringern.

Die chinesische Führung unterzeichnete eine Reihe von Verträgen mit der griechischen Regierung, die nichts anderes sind als eine zusätzliche Einnahmequelle für bestimmte Teile der griechischen Plutokratie. Die berühmte chinesische Investition von fünf Milliarden ist nichts mehr als eine Finanzspritze für griechische Reedereibesitzer, die der Werftindustrie Chinas dient, sowie dem Ziel der weiteren Durchdringung des europäischen Markts von Griechenland aus. Der damit in Beziehung stehende Ausbau und Gebrauch von Häfen und Bahnwegen sowie die Schiffsbau-Infrastruktur der chinesischen Monopole und bestimmter griechischer Firmen wird die ungleiche Entwicklung auf Kosten der Bedürfnisse des Volkes verschärfen. Die Orientierung auf die Kapitalinteressen – in Kombination mit volksferner Politik – hat zur Senkung von Löhnen und Gehältern geführt und zur Aushöhlung der Rechte der Arbeiterklasse. Von den Olivenöl-Exporten wird nur das Großkapital profitieren, das über die Handelswege herrscht, und nicht die armen Bauern, deren Stellung sich zusehends verschlechtert. Nichtsdestotrotz wurde dieser Besuch von der „sozialdemokratischen“ PASOK-Regierung mit dem Ziel benutzt, die Volksschichten davon zu überzeugen, dass dank der chinesischen Investitionen (u. a. auch aus Qatar, Israel) Entwicklung entstehen werde, das Brutto-sozialprodukt ansteigen werde und sich so auch die Menge der Krümel, die vom Tisch der Herrschenden fallen und die das Volk ernähren, vergrößern werden. In Wirklichkeit geht es um einen Ausweg aus der Krise für die Kapitalisten, der weder die Profite des Großkapitals verkleinern wird noch die Armut und Arbeitslosigkeit der kleinen Leute. Wir sprechen über eine Entwicklung, welche die Produktionsmöglichkeiten

unseres Landes untergräbt und es in gefährliche, imperialistische Konkurrenzkämpfe verwickelt. Keinesfalls können wir über eine „internationalistische Hilfe“ der Volksrepublik China für den Kampf des griechischen Volkes sprechen. [...]

Zusammenfassung

Die Dominanz kapitalistischer Verhältnisse in China wird über kurz oder lang zu größeren Problemen im politischen System, in der herrschenden Ideologie und in allen Bereichen des Überbaus führen, die zunehmend kapitalistischen Charakter annehmen werden. Die Klassenwidersprüche werden sich verschärfen, und so wird die Notwendigkeit für die revolutionäre Arbeiterbewegung in China heranreifen, tatsächlich von ihrer eigenen Partei repräsentiert zu werden – gegen die Macht des Kapitals.

** Der Verfasser ist Mitglied des ZK der KKE*

Der Artikel wurde stark gekürzt.

Eliseos Vagenas: The International Role of China, in Communist Review 6/2010, online interold.kke.gr

Übersetzung nach: offensiv 2/2011,

Zwischenüberschriften und Kürzungen durch die Redaktion.



ÄQUIDISTANZ ZU RUSSLAND HEISST UNTERSTÜTZUNG DES EIGENEN IMPERIALISMUS

Äquidistanz ist ein Schlagwort, das benutzt wird, um die eigene Untätigkeit zu rechtfertigen. Es charakterisiert ein Verhalten, bei dem man – vor allem im Ukraine-Konflikt – zu Putin und Russland den „gleichen Abstand“ hält wie zu Deutschland und den USA, eine Macht sei so „schlimm“ wie die andere. Eigentlich Jacke wie Hose, wir machen nix. Und wenn wir was machen, dann fordern wir von allen Parteien, dass sie endlich Frieden halten sollen. Und wenn sie nicht auf uns hören, sind wir verstimmt.

Diese Darstellung ist insofern übertrieben, als es durchaus Kräfte gibt, die wenigstens den Putsch in Kiew und seine Unterstützung durch den deutschen Imperialismus und die unsägliche Hetze gegen Russland bekämpfen. Dies ist als Bündnisplattform auch vertretbar und geeignet. Der Geschmack wird aber dann bitter, wenn man darauf besteht – in anbiedernder Weise an die Herren hierzulande – sich auch von Russland zu distanzieren und dies zur Vorbedingung für Bündnisse macht.

Das Eine ist die Bündnisfrage. Etwas anderes ist die Frage, die sich Kommunisten stellen müssen, nicht zuletzt wegen des Anspruchs, den das „Manifest“ an uns stellt: „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung.“

Russland imperialistisch?

Das wichtigste Argument der linken Gegner einer Unterstützung Russlands im gegenwärtigen Konflikt, der ja nicht nur die Ukraine umfasst, ist die Aussage, Russland sei ein imperialistisches Land. Und so sie sich als Kommunisten verstehen, legen sie dann die Kriterien an [1], die Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ als bezeichnend für die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus/Imperialismus angibt. Man stellt fest, es gibt Monopole in Russland, es gibt Kapitalexport aus Russland, es gibt dort auch die Ver-

schmelzung von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital, da die großen Industriekonglomerate auch gleich noch selbst Banken haben; man stellt schablonenhaft fest, dass die russischen Konglomerate und Russland selbst in die Neuaufteilung der Welt eingreifen. Und resümiert dann schließlich, dass wir den einen Imperialisten, auch wenn er schwächer wäre, doch nicht gegen den anderen verteidigen könnten.

Die Vertreter dieser Linie vergessen, dass die Schlussfolgerung falsch ist den schwächeren nicht gegen den stärkeren Imperialisten zu verteidigen. So haben z. B. die meisten kommunistischen Parteien die Versuche der Sowjetunion unterstützt, nach dem Machtantritt des deutschen Faschismus 1933 ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen, das sich gegen die aggressiven faschistischen Mächte Deutschland, Italien und Japan richtete und eine Allianz mit Frankreich und Großbritannien einschloss. Widersprüche zwischen Imperialisten auszunutzen, bedeutet in konkreten Fällen üblicherweise, den einen Imperialisten gegen den anderen zu unterstützen, mindestens den einen Imperialisten weniger unter Feuer zu nehmen als den anderen.

Deswegen ist schließlich auch die Festlegung eines Hauptfeindes in einer gegebenen historischen Situation von einiger Bedeutung. Schließt ein sozialistisches Land mit einem imperialistischen Land ein Bündnis, bedeutet das nicht, dass die Arbeiterklasse dieses Landes auch mit der Bourgeoisie dieses Landes ein Bündnis geschlossen hat [2]. Auf heute übertragen, bedeutet das etwa: Wenn der Gen. Fidel Castro Russland und Putin verteidigt, hat die Kritik der Arbeiter und Kommunisten Russlands an Putin und den russischen Verhältnissen keineswegs aufzuhören.

Die Besonderheit Russlands

Wichtiger aber als bei der Auseinandersetzung um den heutigen Klassencharakter Russlands und der Feststellung,

Russland sei ein imperialistisches Land, ist folgendes: Die Vertreter dieser Linie vergessen, dass – ebenso wie es nach einer proletarischen Revolution eine Transformationsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus geben muss – auch im Fall einer siegreichen Konterrevolution eine Transformationsperiode vom Sozialismus zum Kapitalismus unvermeidlich ist.

Die Vertreter dieser Linie vergessen weiter, dass der alte Imperialismus, der sich auf eigener kapitalistischer Grundlage entwickelt hat, grundverschieden ist von einem Kapitalismus, der auf den Trümmern des Sozialismus errichtet wird. Der Unterschied ist, dass dort die Bourgeoisie als Klasse sich erst wieder formieren muss. Sie war zwar auch im Sozialismus vorhanden und konnte sich dank des Revisionismus ideologisch Raum verschaffen, durfte sich aber im Sozialismus nicht offen als Bourgeoisie zu erkennen geben.

Die Bourgeoisie, die keine sein durfte

Mit Chruschtschow gelangten in der Sowjetunion die Arbeiteraristokratie und -bürokratie an die Macht – zwar von den Arbeitern der SU bezahlt, aber auf die Seite des Imperialismus übergegangen. Die Arbeiteraristokratie war sozial-imperialistisch, sozialistisch in Worten, imperialistisch in der Tat, sich mit dem Imperialismus „arrangierend“, objektiv das Geschäft des Imperialismus machend, wie es Lenin den „Helden“ der II. Internationale gelegentlich vorgehalten hatte. Die Sowjetunion selbst war kein imperialistisches Land. Darin bestand der Fehler der Sozialimperialismus-Theorie [3]: Der Begriff sozialimperialistisch, wie Lenin ihn z. B. gegen genau charakterisierte Teile der deutschen Arbeiteraristokratie verwandte, charakterisierte eine ideologische Position und keinen spezifischen Gesellschaftstyp.

Unter der Obhut der Arbeiteraristokratie wurde in den staatlichen Un-



ternehmen und in den Kollektivwirtschaften durch Ausrichtung an Markt und Profit Bourgeoisie ausgebrütet. Es entstand zwar Bourgeoisie, aber sie konnte sich nicht offen als Bourgeoisie entwickeln. Die Herren der neuen Bourgeoisie saßen oft in den Leitungen von Wirtschaft, Verwaltung, von Partei und Jugendverband, mussten sich aber bis zum Sieg der Konterrevolution tarnen als Funktionäre im Dienst der Arbeiter und Bauern [4]. Das war es, was die Freunde der Sowjetunion gerne übersahen und was besonders durch die Theorie von der Unumkehrbarkeit des Sozialismus zementiert wurde.

Nach dem Sieg der Konterrevolution und in der Etappe der Aufteilung der Beute unter die Imperialisten und die neue Bourgeoisie in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion wurden diese Kräfte zum Teil Kompradorenbourgeoisie und zum Teil nationale Bourgeoisie. Dieser Unterschied wird durch den Begriff Oligarchen gerade verdeckt.

Putin als Vertreter der nationalen Bourgeoisie

Die Imperialisten, die Gorbatschow und Jelzin unterstützten, hatten für das wieder kapitalistisch werdende Russland

nicht die Rolle einer neuen Großmacht vorgesehen, denn das hätte geheißen, einen neuen imperialistischen Konkurrenten heranzuziehen. Sie hatten Russland die Rolle einer Halbkolonie zugedacht, die es permanent zu destabilisieren galt, um den freien Zugriff auf die Rohstoffe und Märkte dieses Landes durch die westlichen Monopole zu ermöglichen. Dritte Wege hat der Imperialismus nicht im Programm – davon zu schwadronieren ist den sozialdemokratischen Diversanten oder Träumern vorbehalten.

Putin ist zunehmend zu einem Vertreter der nationalen Bourgeoisie geworden, der den Ausverkauf Russlands an den Imperialismus und die Einkreisung durch den Imperialismus stoppen will, was sich z. B. am Fall Chodorkowski zeigt – einem Komprador großen Stils, und beim Vorgehen auf der Krim.

Insofern ist im derzeitigen Ukraine-Konflikt statt Äquidistanz zum Imperialismus und zu Russland die Solidarität mit Russland und Putin angebracht. Das war auch unsere Haltung 1999 zu Jugoslawien/Milosevic. Wir schrieben damals: „In diesem Sinn war das internationale Proletariat und insbesondere das deutsche Proletariat wieder verpflichtet, der jugoslawischen Bourgeoisie

den Sieg zu wünschen im Kampf gegen die vom deutschen Imperialismus angezettelte Aggression der NATO, ihren massiven Widerstand gegen die Hetze der Imperialisten zu verteidigen. Erst dieser Widerstand hat die Aggressivität und Verlogenheit des deutschen Imperialismus enthüllt und seine friedliche und humanitäre Maske heruntergerissen.“ [5]

Wir werden anhand der Untersuchung des Kampfs um das russische Öl und Gas die hier getroffenen Aussagen versuchen zu untermauern (siehe KAZ 349).

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Zum Beispiel in „Arbeit und Zukunft“ vom 6.9.2014
- [2] Vgl. Gen. Togliatti/Ercoli auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale
- [3] Zu deren Vertretern auch der Verfasser zählte.
- [4] Und auch nach dem Sieg der Konterrevolution war die Suche nach der verlorenen Bourgeoisie durchaus schwierig – vgl. Corell, Polen im Fadenkreuz des Imperialismus, KAZ 225, Dezember 1991
- [5] Thesen zu Imperialismus und Nationalismus in Jugoslawien, KAZ Nr. 294



Richard Corell

EIN WORT ZU BRATANOVIC/CARLENS IN T&P Nr. 37

Neben vielem Richtigem und Wichtigem – insbesondere zu den zwischenimperialistischen Widersprüchen – erscheinen dem Verfasser in dem Beitrag „Der Ukraine-Konflikt als Epochenzäsur“ einige Punkte problematisch.

Wenn man den Ernst der Lage glaubhaft darstellen will, sollte man sich vor unnötiger Dramaturgie hüten, zumal in einem theoretisch-propagandistischen Kontext. Die Autoren sprechen von „Epochenzäsur“ und davon, dass „die Konterrevolution von 1989 eine neue imperialistische Epoche eröffnet“ hat. Wir bezeichnen üblicherweise die Epoche, in der wir leben, als

Epoche des Imperialismus, als Epoche der Kriege und Revolutionen. Und der gegenwärtige Konflikt um die Ukraine ist Ausdruck dieser Epoche, zu der auch die vom Imperialismus angezettelten konterrevolutionären Bürger- und Sezessionskriege zählen, wie bereits diejenigen in Jugoslawien 1999.

Als Beleg für die Epochenzäsur wird u. a. die Herausbildung einer neuen Fraktion im deutschen Monopolkapital – die „eurasische“ – angeführt. Dieser Begriff soll sich wohl von der „transatlantischen“ Fraktion, die u. a. von Kurt Gossweiler für die Zeit von 1914 bis 1945 als „amerikanische“ bezeich-

net wurde, und der „europäischen“ Fraktion, von Gossweiler „alldutsche“ genannt, abheben. Zu bedenken ist jedoch, dass die deutschen Imperialisten nach Bismarck nur kurz in der Weimarer Republik mit dem Vertrag von Rapallo (1922) die russische Karte zückten und dann noch einmal mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (1939), unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsordnung. In der Nachkriegs-BRD gab es immer wieder Teile des deutschen Monopolkapitals – wie z. B. Wolff von Amerongen oder B. Beitz von Krupp – die mit Russland im Geschäft bleiben wollten, aber sie verloren dabei die grundlegende Stra-

ategie für die westdeutsche Ost-Politik nicht aus dem Auge, wie sie seit Willy Brandt Konsens war: „Wandel durch Annäherung“, die „Burg von innen sturmreif machen“.

Ihre Erfüllung fand diese Strategie bekanntermaßen in der Auslieferung der DDR durch Gorbatschow und dem Abzug der Roten Armee. Gedankt wurden diese Geschenke dem nach 1991 in eine tiefe Krise geratenen Russland nicht. Dass die scheinbar Russlandfreundlichen Ansätze nur kurzfristig und für das deutsche Monopolkapital von untergeordneter Bedeutung waren, hatte seinen Grund. Russland war und ist das Haupthindernis für ungehinderte, nicht zuletzt territoriale Expansionen Osten. Bei dieser Expansion trifft der deutsche Imperialismus nicht nur auf Russland, sondern auch auf den USA-Imperialismus, der zwar Russland klein halten, aber die Früchte der russischen Schwächung nicht dem deutschen Monopolkapital überlassen will.

Das ist m. E. der eigentliche Hintergrund für die Ereignisse in der Ukraine. Darauf weisen zwar auch Bratanovic/Carlens hin, aber mit einer falschen Begründung meiner Meinung nach. Die unterschiedlichen ökonomischen Interessen des USA- und des deutschen Imperialismus gegenüber Russland be-

gründen sie damit: „Heutzutage ist amerikanisches Kapital in Russland fast gar nicht vertreten, deutsches umso stärker. Die Energieabhängigkeit Westeuropas von den russischen Gas- und Ölreserven tut ihr Übriges.“ Richtig dagegen ist, dass die USA im Zusammenwirken mit dem britischen Imperialismus ihren Einfluss in Russland sich über Kompradoren wie Chodorkowski sichern wollten, die zeitweise eine wesentlich bedeutsamere Stellung hatten als die Partner der deutschen Direktinvestitionen im Energiesektor u. a. Bereichen. Das erklärt auch die unterschiedlichen Formen im Vorgehen der beiden imperialistischen Länder gegenüber Russland. Die Entmachtung einiger ihrer wichtigsten Vasallen in Russland ließ die US-Regierung rabiater handeln, während die deutsche Bourgeoisie laviert – wie trotz der Sanktionen der Verkauf der DEA durch RWE Ende August 2014 an Rosneft zeigt – und darauf hofft, die von den US-Konzernen freigemachten Positionen besetzen zu können. Letzteres gilt natürlich nur so lange, als die deutschen Imperialisten noch nicht ohne die USA auf eigene Rechnung drohen und erpressen können.

Außerdem sollten solche Aussagen wie die „Energieabhängigkeit Westeuropas vom russischen Öl und Gas“ nicht einfach so dahin gesagt werden.

Das meiste Öl für Westeuropa kommt aus Ländern, die überwiegend unter der Fuchtel der USA und Großbritanniens stehen, deren Öl- und Gasmonopole gerne den russischen Öl- und Gas-Unternehmen wieder Marktanteile abnehmen würden. Bei sinkenden Preisen läuft ihnen Öl und Gas gerade sozusagen aus den Ohren – trotz der Einbußen im Nordirak, trotz der Sanktionen gegen Iran usw. Die niedrigen Preise, die vor allem durch die erhöhte Förderung in Saudi-Arabien forciert werden, sollen die russischen Konzerne unter Druck setzen, deren Profite angesichts höherer Förderkosten viel stärker wegschmelzen als die der arabischen, von den US-Monopolen dominierten Konzerne mit ihren extrem niedrigen Förderkosten. Da die in diesem Sektor führenden Unternehmen Gazprom und Rosneft überwiegend in Staatshand sind, sinken auf diese Weise auch die Einnahmen des russischen Staates erheblich.

Mit dem Begriff der „Energieabhängigkeit“ wird zudem ein Verhältnis suggeriert, das am Gebrauchswert hinge, jedoch in Wirklichkeit auch im Energiesektor vom Tauschwert und letztlich vom Kapital dominiert wird.



EIN BRIEF VON HERBERT MIES

An die Redaktion von T&P,

Erika und Michael Beltz, Renate Münder

Liebe Genossinnen und Genossen!

Von der Gründung von T&P war ich im Unterschied zum damaligen Parteisekretariat sehr angetan. Erika und Michael Beltz wissen das. Mit einer Begrüßung und Umarmung und auch einer Kommentierung hielt ich mich zurück. Ich wollte der damaligen Führung nicht auch noch zusätzliche Schwierigkeiten bereiten. Vielleicht war meine damalige Zurückhaltung nur teilweise gerechtfertigt. Wie auch immer. In den Jahren, da ich T&P bekomme und aufmerksam lese, habe ich diese Schrift als einen gu-

ten Bestandteil kommunistischer Publikation in der Bundesrepublik kennen gelernt.

Dafür bin ich Erika und Michael Beltz, diesen initiativen Mitbegründern dieser Publikation, sehr dankbar.

In T&P haben wir heute einen kämpferischen Mitstreiter für die Wiedergabe wahrer kommunistischer Geschichte, für kommunistische Grundsatztreue, für kommunistische Politik

und für die Zurückweisung von Opportunismus und Revisionismus. Das hat Perspektive.

Als Zeichen meiner Verbundenheit mit Euch: Hier einer meiner unveröffentlichten Nachträge zu unserer Geschichte.

Mit kommunistischem Gruß!

Herbert Mies

IN DER FRAGE DER DEUTSCHEN EINHEIT HABEN WIR UNS SCHWER GETAN

Anlässlich des 25. Jahrestags der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik ließ ich meinen politischen Lebensweg und meine Kampfbahre Revue passieren. Den aktuellen Hintergrund dieser Rückerinnerungen bildet der 100. Jahrestag des Beginns des I. Weltkriegs und der 75. Jahrestag des II. Weltkriegs.

Ausgerechnet zu dieser Zeit gab die Bundesregierung das Prinzip „Keine Waffenlieferungen in Krisengebiete“ auf – wenn es denn jemals gegolten haben sollte. Säbelrasselnd bereitete Bundespräsident Gauck mit seiner Rede gegen Russland diesen Tabubruch den Weg, und Bundesministerin von der Leyen (CDU) und Außenminister Steinmeier (SPD) stimmten in den Ton seiner Kriegsrede und des Russenhasses ein. Das alte Feindbild, das den Russen dämonisierte, wurde wiederbelebt.

Bedrohung durch Russland?

Die NATO stufte Russland als „Bedrohung für die euroatlantische Sicherheit“ ein. So sollen aufgrund der angeblich gestiegenen Gefährdung der osteuropäischen NATO-Staaten Militärstützpunkte in Polen, Rumänien und den drei baltischen Staaten eingerichtet werden. Außerdem ist der Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe mit etwa 4000 Mann geplant, die NATO-Generalsekretär Rasmussen als Speerspitze gegen Russland betrachtet.

Seit 1945 war es das vorrangige Anliegen von uns deutschen Kommunistinnen und Kommunisten, alles dafür zu tun, dass nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“ wurde zu unserem programmatischen Bekenntnis, das wir schon mit den ersten Schritten zur Neuformierung der KPD nach der Befreiung von der faschistischen Gewaltherrschaft formulierten.

Das Jahr 1949 wurde das Jahr einer strategischen Neuorientierung in der nationalen Frage. Im Westen wurde die

Bundesrepublik als Separatstaat gegründet. Im Osten folgte die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Ab diesem historischen Einschnitt stand nicht mehr die Verhinderung der Spaltung Deutschlands und die Bewahrung seiner Einheit im Mittelpunkt unserer Politik, sondern die Wiedervereinigung. Wir hielten es fortan mit der DDR, lebten und kämpften aber in der BRD.

Einheit Deutschlands dem Friedenskampf untergeordnet

Das Friedensgebot war vorrangig, das Streben nach der Einheit Deutschlands war ihm untergeordnet. Das Für und Wider der Einheit begleitete und beeinflusste meinen Lebensweg und den meiner Generation nachhaltiger als vieles andere. Die Auseinandersetzungen darum waren nie ganz frei von dramatischen, außergewöhnlich schweren, schicksalhaften Konflikten, wozu vor allem die Grenzziehung zwischen den beiden deutschen Staaten, ihr Auseinanderleben, die Unterschiede in den Klassenkämpfen und die Einbeziehung der beiden deutschen Staaten in zwei gegensätzliche Militärblocke zählte. Auch das Verbot der KPD im Jahr 1956 gehörte dazu.

Es fiel uns nicht leicht, an den politischen Wendepunkten jeweils eine neue Strategie bezüglich der Einheit Deutschlands zu finden. Bei der Suche nach unserer nationalen Position konsultierten wir die SED und die KPdSU. Das entsprach den nationalen Interessen – gab aber nicht nur Kraft, sondern schuf auch Probleme. Die notwendigen Konsultationen brachten uns den Vorwurf der Unterordnung unter Berlin und Moskau ein. Doch wir ordneten uns nicht unter, denn wir stimmten in diesen Fragen mit den sozialistischen Ländern überein. Als Beweis für unsere Unterordnung galt die Reaktion auf eine Note der Sowjetunion im Jahr 1952, die die reale Chance für die Einheit Deutschlands bot.

Stalin-Note: Friedensvertrag und deutsche Einheit

Am 7. Januar 1952 legte die Bundestagsfraktion der KPD dem westdeutschen Parlament den Vorschlag für ein Gesetz zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen vor. Am 10. März 1952 unterbreitete die Sowjetunion in einer Note – auch Stalin-Note genannt – der Bundesrepublik und den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Entwurf eines Friedensvertrags, der die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen vorsah. Adenauer lehnte diese Vorschläge als „Störmanöver“ gegen die Westintegration ab – er handelte antinational und friedensfeindlich. Die Bundesregierung vertat damit eine reale Chance für die Einheit Deutschlands, während die KPD und andere patriotisch gesinnte Kräfte, die die Stalin-Note unterstützten, im nationalen Interesse handelten.

Ein Jahr vorher war die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung, bei der die KPD eine entscheidende Rolle spielte, verboten worden. Trotz Verbots, Kriminalisierung der Aktivistinnen und Aktivisten und massiver Diffamierung wurde die Volksbefragung vom April 1951 bis April 1952 durchgeführt – mehr als neun Millionen Bundesbürger sprachen sich gegen die Aufrüstung und für den Abschluss eines Friedensvertrages aus. Am 26. Juni 1952 verbot die Adenauer-Regierung die Freie Deutsche Jugend, und am 23. November stellte sie den Antrag auf Verbot der KPD. Als eine der Verbotsbegründungen mussten die Aktionen für die Einheit Deutschlands herhalten. Ein gravierender Fehler war allerdings die falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses im Programm zur nationalen Wiedervereinigung vom 2. November 1952: „Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes führen. Der Sturz des Adenauer-Regimes macht den Weg frei für eine Regierung der nationalen Wiedervereinigung.“

Diese Einschätzung war illusionär und deshalb schädlich, auch wenn sie später korrigiert wurde.

Vor der Bildung des westdeutschen Separatstaates und der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahr 1949 leisteten wir westdeutschen Kommunistinnen und Kommunisten Widerstand gegen die Spaltung Deutschlands. Dafür gingen nicht wenige von uns ins Gefängnis. Trotz des KPD-Verbots waren wir in den 50er, 60er und 70er Jahren Vorkämpfer für die Anerkennung der DDR und der Koexistenz beider souveräner deutscher Staaten. Unsere Gegner stempelten uns zu „vaterlandslosen Gesellen“ – wie früher die Sozialisten zu Kaisers Zeiten. Wiederum mussten Hunderte von uns Bekanntschaft mit dem Knast machen.

Was ist das Vaterland der westdeutschen Kommunisten?

In den ersten Nachkriegsjahren hatten wir noch keine Schwierigkeit, den Begriff „Vaterland“ in den Mund zu nehmen. Wir kämpften, wie es in Dokumenten der KPD hieß, „für die Einheit unseres Vaterlandes und für eine einheitliche demokratische deutsche Republik“ [1]. Später blieb es jedem Mitglied vorbehalten, wie sie oder er mit dem Begriff „Vaterland“ umging. Erst 1975 erklärte ich als Vorsitzender der DKP, dass wir das Land, in dem wir wohnen, leben und kämpfen, auch unser Vaterland nennen.

Sowohl die Führung der KPD als auch der DKP folgte in der Frage der

Einheit Deutschlands der SED bzw. der KPdSU. Das war national und international unumgänglich und notwendig. Nach der so genannten Stalin-Note verbannten wir die Forderung nach Wiedervereinigung aus unserer nationalen Strategie. Wir proklamierten den Kampf für die Koexistenz der beiden deutschen Staaten, um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Preisgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Als die SED auf dem VIII. Parteitag 1971 von zwei deutschen Nationen ausging, übernahm die DKP diesen Fehler der Absage an die Fortexistenz einer deutschen Nation.

Wir traten leidenschaftlich für den Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR ein (1972). Auf dem Bonner Parteitag im März 1976 sagten wir: Spätestens seit dem Abschluss des Grundlagenvertrags mit der DDR sind doch alle Reden über das so genannte „Offenhalten der deutschen Frage“ über die angebliche „Einheit der Nation“ ohne jeden Realitätsgehalt. Aber die Tatsache, dass in der politischen Praxis mit diesen Parolen operiert wird, beschwört große Gefahren herauf, denn dies hindert den Fortgang des Normalisierungsprozesses zwischen den beiden deutschen Staaten.

Der innerparteiliche Kampf gegen das Liquidatorientum der „Erneuerer“ führte zeitweilig zur politischen Handlungsunfähigkeit der Partei, doch das war nicht allein die Ursache für unser konzeptuelles Versagen. Es rächte sich, dass wir jahrelang nicht über die nationale Frage nachgedacht hatten. Die

neue Parteiführung in der DDR hatte ebenfalls keine überzeugende Konzeption. „Deutschland einig Vaterland?“ Die DDR als unser deutsches Vaterland war dahin. Es gab keine Konföderation beider deutscher Staaten, sondern die DDR wurde annektiert, ihr wurde eine konterrevolutionäre Einheit übergestülpt. So wurden wir Verlierer im Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands.

Und ebenso ging der Kampf um den Frieden verloren. Seit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf Jugoslawien führt Deutschland wieder Krieg. Zwar führt Deutschland noch keinen Krieg gegen einen der imperialistischen Konkurrenten, aber an Kriegseinsätzen in fremden Ländern beteiligt sich Deutschland allemal. Aggressives Kriegsgeschrei, Aufrüstung und Waffenexporte nehmen zu. Dass die aktuellen Kriege nicht in den dritten Weltkrieg zwischen den imperialistischen Metropolen übergehen, dass diese mögliche Gefahr erkannt und verhindert wird, dafür gibt es viel zu tun, da stehen wir erst am Anfang. Doch der Antikriegstag 2014 mit seinen 180 Aktivitäten in allen Teilen Deutschlands zeigt: Der Kampf gegen den Krieg geht weiter!

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Dokumente der KPD mit einem Vorwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPD, Max Reimann. Dietz Verlag Berlin 1965, S. 8



Helmut Dunkhase

GEHT DEM KAPITAL DIE ARBEIT AUS?

ANMERKUNGEN ZUR LOHOFF/TRENKLE-DEBATTE

Erstaunlich, dass die Debatte [1] ungehört an dem schon 1987 von Robert Solow beobachteten Paradoxon – „Du kannst das Computerzeitalter überall sehen außer in den Produktivitätsstatistiken“ – vorbeigeht, das von Erik Brynjolfsson 1993 gründlich untersucht wurde [2]. Seither sucht man nach Erklärungen für diesen Befund.

Sie reichen von der Antwort „Man kann den Produktivitätsfortschritt vielleicht nur nicht richtig messen“ bis zur Spekulation auf eine Langzeitwirkung. Nun ist inzwischen – gemessen an den raschen Produktivkraftänderungen – eine beträchtliche Zeit vergangen, ohne dass sich an dem Befund etwas geändert hätte. Jedenfalls kann keine Rede

davon sein, dass die dritte industrielle Revolution zu einem historisch einmaligen Produktivitätssprung geführt hätte.

Sinkende Profite

Der Gedanke, dem Kapital gehe die Wert schaffende Arbeit aus, kann nur



einem eurozentrischen Blick entspringen. Weltweit wächst das Proletariat weiterhin. Doch auch in den zunehmend deindustrialisierten Kernländern der EU stagniert das Arbeitszeitvolumen oder nimmt schwach zu. Am Verschwinden der Arbeit kann die Krise also nicht festgemacht werden. Die gegenwärtige Krise greift tatsächlich tiefer als es die Rede von der „stinknormalen Überproduktionskrise“ vorgibt und lässt sich erst recht nicht aus der Zirkulationssphäre heraus erklären – aber in einem ganz anderen Sinne als Lohoff/Trenkle und Manfred Sohn meinen. Einigkeit herrscht offenbar über die Diagnose: chronische Überakkumulation. Aber worin ist sie begründet?

Was wir jetzt beobachten können, ist die Erscheinung eines Problems, das sich in einer Jahrzehnte langen Entwicklung aufgestaut hat, dessen Ursache letztlich im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate liegt.

Wir haben gesehen, dass ein Ende der Arbeit noch nicht einmal in den entwickelten kapitalistischen Ländern abzusehen ist. Solange in der Welt noch Bevölkerungsteile existieren, die noch nicht real dem Kapital subsummiert sind, wird letzteres nicht rasten und ruhen, bis der letzte chinesische Bauer proletarisiert ist.

Die Entwicklung der Profitrate hängt im Wesentlichen vom Verhältnis der Wachstumsrate der Arbeiterpopulation zur Investitionsrate ab. Je größer dieses Verhältnis, desto höher die Profitrate und umgekehrt. Die These klingt zunächst erstaunlich. Doch hat bereits Marx diesen Sachverhalt thematisiert [3]. Er beschäftigt sich mit einer Situation, in der „Überfluss an Kapital bei Überfluss an Bevölkerung“ herrscht – eine Situation, die wir heute bei uns vorfinden. Die Überakkumulation von Kapital ist noch keine absolute. Eine absolute Überakkumulation läge vor, sobald „das Kapital gewachsen wäre in einem Verhältnis zur Arbeiterbevölkerung, dass weder die absolute Arbeitszeit, die diese Bevölkerung liefert, ausgedehnt, noch die relative Mehrarbeitszeit erweitert werden könnte (das letztere wäre ohnehin nicht tubar in einem Fall, wo die Nachfrage nach Arbeit so stark, also Tendenz zum Steigen der Löhne); wo also das gewachsene Kapital nur ebenso viel oder selbst weniger

Mehrwertmasse produziert als vor seinem Wachstum“ [4]. Dies muss, so Marx weiter, zu einem Fall der Profitrate führen, die jetzt nicht der durch die Produktivkraftentwicklung verursachten höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals geschuldet ist, sondern der gesunkenen Mehrwertrate.

Aus der These folgt, dass in einer stagnierenden oder zurückgehenden Bevölkerung die Profitrate gegen Null tendiert und damit eine produktive Expansion der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich wird. Diese Situation drohte in Großbritannien um 1980 herum ganz akut (in der BRD in abgeschwächter Form), und wäre GB ein abgeschlossenes ökonomisches System, wäre das Land vielleicht dem Sozialismus entgegengetaumelt.

Relative Lösung

Die Nachkriegsentwicklung der kapitalistischen Kernländer illustriert die These. Wir können dabei die Entwicklung in der BRD pars pro toto betrachten. Nach den Verwüstungen des 2. Weltkrieges können wir eine 30-jährige, von gravierenden äußeren Einflüssen freie, kapitalistische Entwicklung beobachten: Hohes Wachstum der arbeitenden Bevölkerung bei hohen Akkumulationsraten. Eine hohe Akkumulationsrate impliziert eine hohe Investitionsrate, die die Profitrate senkt, wenn nicht durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität oder stärkeres Wachstum der Bevölkerung ein Gegengewicht entsteht. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität blieb von 1960 an (wo es schon relativ hoch war) in der Tendenz konstant; das Potenzial an ausbeutbaren Arbeitskräften wurde allmählich absorbiert. Die Gewerkschaften waren dadurch in einer starken Position und konnten vergleichsweise hohe Löhne durchsetzen. Auf Grund des oben angegebenen Zusammenhangs begannen die Profitraten zu sinken und erreichten Anfang der 1980er Jahre ihren Tiefpunkt.

Das Kapital steuerte auf zweierlei Weise dagegen: 1. Anheuerung von „Gastarbeitern“ und Produktionsverlagerungen zunächst vor allem nach Ostasien (nach der Konterrevolution auch in die ost- und südosteuropäischen Länder) zur relativen Erhöhung der Arbeiterpopulation. 2. Zurückfahren der produktiven Investitionen zugunsten

von Investitionen in Finanztiteln [5]. Beide Maßnahmen befördern nach der These die Erhöhung der Profitraten.

Das Kapital in den entwickelten westlichen Industriestaaten konnte sich erfolgreich aus einer schwierigen Verwertungssituation winden. Schlagend ist der Verlauf der Profitratenentwicklung in diesen Ländern: Rückgang von ungefähr 1960 an, mit Tiefpunkt Anfang der 1980er Jahre, danach der Aufstieg. [6]

Die relative Lösung der Widersprüche durch die westlichen Industriestaaten hat ihren Preis: Sie reproduzieren sich auf höherer Ebene. Heute befindet sich China in einer Akkumulationsphase, die mit der Nachkriegsentwicklung bei uns vergleichbar ist. Aber: Wenn die Proletarisierung der Landbevölkerung abgeschlossen ist, steht China der Ausweg der westlichen kapitalistischen Hauptmächte nicht mehr zur Verfügung. Für die weitere relative Erhöhung der Arbeiterpopulation bliebe nur Afrika. Das wird aber nicht reichen. Wenn es denn soweit ist, in vielleicht knapp 20 Jahren, hätte die Arbeiterklasse weltweit objektiv die besseren Karten. Doch ist das kein Trost, denn diese Entwicklung vollzieht sich unter den Konkurrenzbedingungen des Kapitals, das sich seit gut 100 Jahren als Imperialismus formiert hat. Und das bedeutet: Kampf um die Neuaufteilung der Welt mit all seinen schrecklichen Implikationen.

Schuldenschnitt als Strategie

Manfred Sohn hat Recht, wenn er die Beantwortung der Frage nach dem Charakter der gegenwärtigen Krise für den Dreh- und Angelpunkt von Strategie und Taktik hält. Unterschiedliche Analysen führen zu unterschiedlichen Strategien.

Lohoff/Trenkle sagen von vornherein, dass die Theorie nichts zu einer gesellschaftlichen Alternative beitragen könne. Sohn selbst hält sich mit strategischen Schlussfolgerungen zurück und lässt die Leserinnen und Leser mit der Aussicht auf einen „langen, bitteren, gefährlichen Niedergangsprozess“ im Regen stehen. Auch Inge Humburgs Schlussfolgerungen aus der von ihr geteilten Analyse Lohoff/Trenkles sind eigentlich keine strategischen, sondern beschreiben

nur, was alles droht: kein Spielraum für Reformen mehr und Übergang zur terroristischen Herrschaft des Finanzkapitals – was aber, so scheint mir, für jede denkbare Weiterentwicklung des gegenwärtigen Imperialismus gilt, wenn man nicht gerade an eine Rückkehr des rheinischen Kapitalismus glaubt.

Wenn man die These vom Dahinschmelzen der Wert schaffenden Arbeit ernst nimmt, folgt daraus nicht in logischer Konsequenz, dass die historische Mission der „verschwindenden Arbeiterklasse“ übergeht an die übergroße Mehrheit der Ausgestoßenen, Entrechteten und Dahinvegetierenden, die „von außen“ zum Sturm auf die Verwertungsinseln blasen? Die kommunistische Partei verlöre ihre Existenzberechtigung und würde mit Žižek, Badiou und wie sie alle heißen auf das revolutionäre „wahre Ereignis“ warten. Und auch Manfred Sohn wäre in der Linkspartei wohl nicht mehr am rechten Platz.

Die von mir skizzierte Analyse führt allerdings zu anderen Konsequenzen. Durch das Zurückfahren der Investitionen sind die kapitalistischen Hauptländer zum beträchtlichen Teil zu Rentiersstaaten geworden. Das enthebt natürlich

noch in keiner Weise die Arbeiterklasse der Weiterführung des Klassenkampfes in der „Verwertungssphäre“. Doch legt es einen flankierenden Angriff auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse nahe: Ein Ansatzpunkt, der ein ökonomischer ist aber darüber hinausweist, wäre: ein radikaler Schuldenchnitt. Eine allgemeine Schuldenamnestie könnte man auf eine bestimmte Einlagenhöhe begrenzen [7]. Getroffen würde die dominierende Schicht der Rentiers, während die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ungeschoren bliebe.

Rentiereinkommen ist schwerer zu legitimieren als Profite der industriellen Unternehmer. Die kapitalistische Marktwirtschaft stünde noch ziemlich unangefochten da. Es wäre eine anti-monopolistische, aber natürlich noch keine antikapitalistische Maßnahme. Banken würden paradoxer Weise wieder liquide. Ihre Verbindlichkeiten ständen in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Geldmittelbestand. Die Industrie würde kaum beeinträchtigt (außer z. B. Luxusgüterproduktion) und bliebe weiterhin privat organisiert. Ob die Kapitalisten allerdings Lust haben, sich mit geringeren Profitraten zu begnügen (VW z. B. fährt 60 Prozent seiner Gewinne über „Finanzdienstleistungen“

ein), steht auf einem anderen Blatt. Der Druck in Richtung zukünftiger Produktionsweise würde wachsen.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Im Rahmen der Debatte erschienen bisher je Beiträge von Inge Humburg und Stephan Müller (T&P 36) sowie von Manfred Sohn und Fritz Dittmar (T&P 37). Vgl. ebenfalls den Beitrag von Stephan Müller in diesem Heft.
- [2] Erik Brynjolfsson (1993), The productivity paradox of information technology, Communications of the ACM Volume 36 Issue 12, p. 66–77
- [3] MEW Bd. 25, 15. Kapitel, Abschnitt III
- [4] ebenda, S. 261 f.
- [5] 1960 wurde von den Profiten fast alles investiert, heute nur noch die Hälfte. Fred Schmidt & Conrad Schuhler (2012), Bilanz 2011 – Ausblick 2012, isw-wirtschaftsinfo 46, S. 4
- [6] Die genannte These ist empirisch überprüfbar und hat ihre Prüfung anhand vieler Länder bisher gut bestanden. Näheres dazu in meinen Artikeln „Zur Profitatendiskussion, Marxistische Blätter (MB 1–11) und „Zum Hintergrund der gegenwärtigen Krise“. Beide abrufbar unter www.helmutdunkhase.de.
- [7] Heute sind z.B. 100.000 Euro pro Person garantiert.



Stephan Müller

ZUR PRODUKTIVKRAFT-ENTWICKLUNG IN DER AKTUELLEN KRISE DES KAPITALISMUS

ANTWORT AUF MANFRED SOHN, AM EPOCHENBRUCH (T&P 37)

Vielleicht hilft es im Hinblick auf die weitere Diskussion zum Charakter der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus, zuerst noch mal einen Blick auf die zyklische kapitalistische Krise zu werfen: Es geht um Unterauslastung der Produktionskapazitäten, die die Kapitalisten aus Gewinnen aufgebaut haben, durch die private Aneignung von Mehrwert aus der gesellschaftlichen Produktion. Die kaufkräftige Nachfrage reicht nicht aus, um die mit dem akkumulierten Kapital aufgebauten Produktionskapazitäten auszulasten. Die Verwertung des Kapitals stockt, die Talfahrt beginnt.

Zeitliche Bestimmung der finalen Krise

Die gegenwärtige Überproduktionskrise ist allerdings mehr als eine „stinknormale“, worauf auch Lucas Zeise hingewiesen hat [1]. Der Kern der derzeitigen weltweiten Wirtschafts- Finanz- und Währungskrise liegt aber weiter in der relativ zur Massenkaufkraft zu großen Produktionskapazität. Deshalb werden die hohen Gewinne einzelner Sektoren nicht in neue Produktionskapazitäten investiert und stauen sich auf den Finanzmärkten,

wo Staatseingriffe die sonst zu erwartende Entwertung von Kapital aufschieben. Investitionen in Produktionsmittel konzentrieren sich in dieser Situation auf Rationalisierungsinvestitionen, die Zahl der Arbeitsplätze sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, die Nachfrage sinkt weiter.

In der „normalen“ zyklischen Krise würden sich in dieser Situation der zu erwartenden Pleitewelle die überlebenden stärkeren Kapitalisten auf die fre werdenden Märkte der Pleitiers stürzen und wieder anfangen zu investie-



ren; der Zyklus würde in Belebung und Aufschwung übergehen.

Die „stinknormale Krise“ gibt es aber schon seit der Wende vom 19. in das 20. Jahrhundert nicht mehr. Die kapitalistische Wirtschaft war so hochkonzentriert und weltumspannend geworden, dass die stockenden Kapitalmassen in der Krise Schockwellen auf den weltweiten Finanzmärkten auslösten. Die anrollende Weltwirtschaftskrise 1913, der 1. Weltkrieg, die Oktoberrevolution und der verschärfte weltweite Klassenkampf sind von der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus nicht zu trennen. Der „ideelle Gesamtkapitalist“ – der Staat – griff nach 1918 nun auch in Friedenszeiten systematisch ins Wirtschaftsgeschehen ein. Seine Versuche, die krisenbedingte Entwertung des Kapitals durch Staatsintervention zu verhindern – Inflation, Abkehr vom Goldstandard, Währungsreform – brachten zu den im Imperialismus verstärkten zyklischen Krisen die Währungskrisen hinzu. Die trugen zu der Weltwirtschaftskrise ab 1929 bei, die letztlich erst im 2. Weltkrieg zu ihrem Ende kam.

Die chronische Krise im entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also in der Tat – da ist Manfred Sohn zuzustimmen – „nicht lösbar durch eine andere Geldpolitik. Sie hat ihre Ursache nicht in der Finanzsphäre, sondern im Kern des Kapitalismus, der Mehrwertproduktion“. Aber – und darauf will Sohn ja hinaus – findet dort, in der Mehrwertproduktion, „zur Zeit der Beginn der Kernschmelze statt“ [2]?

Was heißt „zur Zeit“? Die Schwäche der Argumentation Manfred Sohns wie auch von Lohoff/Trenkle und der Gruppe Krisis [3], auf die er sich bezieht, zeigt sich zunächst in ihrer zeitlichen Unbestimmtheit: Heißt „zur Zeit“ seit ca. 50 Jahren, dem Wiedereintritt der Nachkriegswirtschaft in „normale“ Krisenzyklen, oder seit ca. 100 Jahren?

Man kann eine durchgehende Krisenlinie von der sich entwickelnden Weltwirtschaftskrise 1913 bis 1945 ziehen. 1944 versuchte dann der Weltkapitalismus sich mit dem Währungssystem von Bretton Woods auf Grundlage fester Dollarkurse neu aufzustellen, das in den 60er Jahren an seine Grenzen stieß und in den 70ern aufgegeben werden musste. Man könnte so den

Beginn der „finalen Krise“ des Kapitalismus auf 1913 legen – mit einer größeren Berechtigung, als den Beginn der „Kernschmelze“ mit der „3. Industriellen Revolution“ zu begründen, deren Beginn auf die 70er Jahre verlegt wird. Da – in den 70ern – ging eben auch das Bretton-Woods-System zu Ende und mit ihm die Hegemonie des US-Imperialismus im kapitalistischen System. Gleichzeitig traten in der Sowjetunion Stagnationserscheinungen auf. Die relative Stabilität der Nachkriegsordnung im Kalten Krieg ging zu Ende. Insofern wurden um 1970 viele Symptome einer nach 1945 neuen Krisenhaftigkeit sichtbar, auf die sich die „Gruppe Krisis“ bezieht. Damit kommen wir zum Kern der These von Manfred Sohn und den „Krisis“-Leuten: Dem Kapital ginge die Arbeit aus.

Geht dem Kapital die Arbeit aus?

Die historische Kontinuität wird von der „Krisis“-Argumentation zerrissen mit der Behauptung, durch die Mikroelektronik würden, anders als in den Technologie-Zyklen davor, mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen. Das ist zwar für einige Industrien und einige Länder richtig, nicht aber insgesamt für den heutigen Kapitalismus. Die Statistiken der International Labour Organisation (ILO) zeigen, dass geographisch und über die Jahre verteilt das Gegenteil eingetreten ist. [4]

Manfred Sohn und Co. versuchen, sich der systematischen Überprüfung ihrer Behauptung anhand von statistischem Datenmaterial zu entziehen: Sie sagen, die durch die Entwicklung der Elektronik bestimmten letzten Zyklen der technischen Erneuerung könnten grundsätzlich keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Nicht die kaufkräftige Nachfrage hinke hinter den Produktionskapazitäten her, sondern das Angebot – konkret das Angebot an Konsumprodukten. Es seien die Bedürfnisse der Konsumenten, nicht die Lohnzahlungen, die durch die neue Technologie eingeschränkt würden. Die „zweite industrielle Revolution“ habe mit Auto und Haushaltsgeräten Nachfrage geschaffen und einen letzten Aufschwung des Kapitalismus erzeugt. In der „dritten industriellen Revolution“ würden neue Konsumprodukte wie Rechner oder Handys das nötige Nachfragevolumen nicht erzeugen, Arbeitsplätze und damit die Mehrwertproduktion,

und damit der Kapitalismus würden schrumpfen. [5]

Das mag zu der Zeit, als der Stichwortgeber von Manfred Sohn und Lohoff/Trenkle, Jeremy Rifkin, seinen damaligen Bestseller vorlegte [6], eine spekulative These gewesen sein. Sie ist aber inzwischen durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt – auch Rifkin glaubt nicht mehr daran [7]. Das weltweite Volumen von Produktion und Arbeit steigt, wie auch die ILO-Statistiken zeigen – und zwar nicht zuletzt durch die massenhafte Verbreitung der Mikroelektronik, in Konsumprodukten und deren Vertrieb, aber auch im Maschinenbau. Allerdings verteilt sich die Arbeit geographisch und qualitativ neu.

Wandel von Kapital und Arbeit

Ohne Zweifel gehört zur notwendigen Diskussion um die Krise auch die Einschätzung der gegenwärtigen und absehbaren Folgen der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Sie bewirken einen Wandel von Kapital und Arbeit.

Die zunehmende Digitalisierung von Produktion und Verteilung verändert die Aufstellung und Zusammensetzung der Klassen, wie das auch bei früheren technischen Entwicklungsschüben der Fall war. Die Klassen lösen sich dadurch nicht auf, im Gegenteil, der Widerspruch zwischen den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft verstärkt sich – zum einen durch die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion und die weitere Verallgemeinerung von Lohnarbeit, und zum anderen durch die zunehmende Konzentration ihrer privaten Aneignung bei einer immer kleineren Zahl von Kapitalisten.

Inge Humburg hat in T&P 36 bereits darauf hingewiesen, dass wir uns in der Krisenanalyse mehr mit den Fragen beschäftigen müssen, die sich aus dem Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen ergeben. Dabei ist meines Erachtens an zwei Punkten anzusetzen: Zum einen ist die technische Entwicklung der Produktivkräfte über die massenhafte Neuanlage von fixem Kapital in der Belebungsphase nach der Depressionsphase an den periodischen Ablauf der Krisen im Kapitalismus gebunden, zum anderen wird die technische Entwicklung der Produktiv-

kräfte im imperialistischen Stadium des Kapitalismus stark von ihrer militärischen Brauchbarkeit beeinflusst.

Die „materielle Grundlage der periodischen Krisen“, hat Marx erkannt, wird bestimmt nicht nur durch die „physische“, sondern auch durch die „moralische“ Lebensdauer des fixen Kapitals, besonders der wichtigsten Maschinen [8]. Maschinen müssen nicht nur dann ersetzt werden, wenn sie abgenutzt sind, sondern auch, wenn sie technisch überholt sind. Die Konkurrenz zwingt die einzelnen Kapitalisten besonders in der Depressionsphase des Zyklus dazu, die Absatzmärkte schwächerer Konkurrenten zu erobern. Auch Maschinen, die noch eine lange Lebenszeit vor sich haben, werden durch bessere ersetzt, um billiger zu produzieren und Konkurrenten zu unterbieten. Wer langsamer akkumuliert, fällt zurück. Erst der Markt zeigt dann, wo Überkapazitäten entstanden sind. In den privat akkumulierten Überkapazitäten wird in der Krise der gesellschaftliche Charakter der Produktion wieder sichtbar – die eingangs erwähnte Talfahrt beginnt. Der technische Standard des letzten Zyklus ist jetzt veraltet und verschwindet, die Entwicklung der Produktivkraft macht eine veränderte technische Qualität zum neuen „State of the Art“. Ganze Industriezweige verschwinden, neue wachsen mit einer neuen Infrastruktur und bedingen eine Nachfrage nach einer anderen Qualifikation von Arbeitskraft an anderen Arbeitsplätzen: Das Kapital formiert sich und die Arbeiterklasse neu.

Ungleichmäßige Entwicklung

Der Zwang zur Kapitalakkumulation auf sich wandelnder technischer Produktivkraftgrundlage erfordert zunehmende Kapitalmassen mit dem dabei zunehmenden Einfluss des Bankkapitals. Die Einzelkapitale entwickeln sich dabei notwendig ungleichmäßig. Mit der Entwicklung des Kapitals entstand um 1900 das Gesicht des Imperialismus: Tendenz zum Monopol, Verschmelzen von Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital, Aufteilung der Welt, Zwang zur Neuaufteilung durch die ungleichmäßige Entwicklung auch der imperialistischen Großmächte.

Der 2. Weltkrieg hinterließ nicht nur die US-Währungs-Hegemonie von Bretton Woods. Die USA versuchten auch in der folgenden Hochrüstungsphase die für die militärische Hegemonie wichtigen Technologien unter ihrer Kontrolle zu halten: Luft- und Raumfahrt, Atomindustrie und vor allem die Datenverarbeitung. Die weiterbestehende Konkurrenz der imperialistischen Großmächte nach 1945 ergab, dass vor allem Frankreich und die BRD versuchten, sich aus der US-Hegemonie zu befreien, was durch die Konterrevolutionen von 1989 eine neue Dynamik erhielt. Auf dem Feld der Luft- und Raumfahrt ist das bei EADS/Airbus zu beobachten. In diesem Sinne ist die aktuelle Diskussion um die Digitalisierung der Wirtschaft im Zuge der Regierungsinitiative „Industrie 4.0“ nichts anderes, als der Versuch des deutschen Kapitals gegen Google & Co. anzutreten. Nicht davon zu trennen ist die Diskussion um die NSA und die Cyber-Souveränität.

Manfred Sohns Analyse, die die Entwicklung der Produktivkräfte aus dem konkreten historischen Zusammenhang reißt, führt hier handfest in die Irre: Der Kapitalismus, dem die Arbeit ausginge, sei nicht mehr expansiv, sondern in „seiner kontraktiven Phase eingetreten“. Er sei defensiv geworden. [9]

Die Analyse der konkreten historischen Situation dagegen zeigt den deutschen Imperialismus in der Industrie 4.0-Initiative in seiner alten Aggressivität: In den letzten Wochen sind Merkel und Gabriel ebenso wie die Leitwölfe des deutschen Monopolkapitals der Digitalbranchen, Kaeser von Siemens und Kagermann von SAP, dazu sehr deutlich geworden: Unter deutscher Leitung soll die EU gegen die USA aufgestellt werden. [10]

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Siehe bereits L. Zeise, „Ende der Party“. Köln 2009. Hier S. 43
- [2] T&P 37, S. 23
- [3] E. Lohoff u. N. Trenkle (Gruppe Krisis), „Die große Entwertung“. Münster 2012
- [4] ILO, „Global Employment Trends 2014“, S. 89
- [5] T&P 37, S. 22
- [6] J. Rifkin, „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“. Frankfurt/M., New York 1995
- [7] Handelsblatt, 7./8./9. Febr. 2014, S. 72
- [8] MEW Bd. 24, S. 185
- [9] T&P 37, S. 23
- [10] Der Chefberater der Bundeskanzlerin für Technologiefragen Kagermann, Ex-SAP-Chef, im Handelsblatt vom 7./8./9. Nov. 2014, S. 24; sowie der Siemens-Vorstandsvorsitzende Kaeser im Handelsblatt vom 21. Okt. 2014, S. 7



SPENDENAUFTRUF

In den letzten beiden Monaten sind bereits viele Überweisungen auf das T&P-Konto eingegangen. Wir bedanken uns insbesondere bei den Spendern mit monatlichem Dauerauftrag – eine ganz wichtige Grundlage für das Erscheinen von T&P. Noch sind es jedoch nicht genug. Wir sind weiter dringend auf Spenden angewiesen.

Für die Finanzierung der nächsten Nummern bitten wir erneut um solidarische Unterstützung durch

- eine Einmal-Spende oder noch besser
- einen Dauerauftrag (siehe Kontoverbindung).
- auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

DIE T&P IST NOTWENDIG – TUT ETWAS FÜR SIE!

Int. Bank Account Number: DE62 5135 0025 0000 4197 02, SWIFT-BIC: SKGSKGID5F

NEUZUSAMMENSETZUNG DER ARBEITERKLASSE – PARADIGMENWECHSEL IN DER KLASSENANALYSE

ANMERKUNGEN ZUR EKKEHARD LIEBERAM

Ekkehard Lieberam arbeitet schon seit Jahren zur Klassentheorie und zu aktuellen Tendenzen der Klassenanalyse. Seine neue Broschüre „Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft“ [1] kann durchaus als eine Art Zwischenergebnis seiner jahrelangen Forschung verstanden werden. Sie liefert vor allem jenen Interessierten, die auf der Suche nach einem lockeren Einstieg in grundlegende Fragen der Gesellschaftsanalyse aus der Klassenperspektive sind, eine gute Einführung.

Uns sollen im Folgenden aber weitergehende Fragen interessieren. Wir wollen Ekkehards Broschüre hinsichtlich ihrer Antworten auf aktuelle Probleme und Herausforderungen der Klassenanalyse prüfen. Dabei wollen wir uns auf die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse konzentrieren.

Tendenzen sozialer Spaltung ...

Noch bevor Ekkehard sich mit den strukturellen Veränderungen der Klassengesellschaft befasst, trifft er bereits eine Einschätzung, die verwundert: Während sich Marx' Prognose einer zunehmenden Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln im historischen Verlauf bewahrheitet hätte, soll dies nicht für seine These von der tendenziellen Vereinheitlichung der Klassenlage der Lohnarbeiter gelten (S. 43).

In politischer Hinsicht – und darum geht es in der Broschüre zunächst – ist dem tatsächlich nicht zu widersprechen. Ekkehard liefert eine historische Skizze des politischen Klassenkampfes in Deutschland, die veranschaulicht, dass die politische Vereinigung der Arbeiterklasse kein „objektiver“, „automatischer“ Prozess ist, sondern stets – unter den je gegeben objektiven Bedingungen – subjektiv, durch das bewusste Handeln politischer Akteure, hergestellt werden muss bzw. be- oder verhindert werden kann.

Der Kampf um die politische Einheit der Klasse ist aber analytisch von der Vereinheitlichung der Klassenlage der Lohnarbeiter zu trennen. Hier sind uns die aktuell scheinbar gegenläufigen Entwicklungen einer sozialen Spaltung gut bekannt, haben sie doch in der jüngsten Vergangenheit zu richtiggehend irren Annahmen in der DKP-Diskussion geführt, wie z. B. die Einschätzung des ehemaligen Sekretariats um Leo Mayer, Bettina Jürgensen und Heinz Stehr, dass sich infolgedessen „die soziale Basis der Arbeiterbewegung zersetzt und aufgelöst“ hätte [2]. Dabei wurde gerade übersehen, dass die soziale Ausdifferenzierung und Polarisierung der Lohnabhängigen – d.h. die ungleiche Verteilung von Lebens- und Arbeitsbedingungen – nicht etwa der politischen Vereinigung der Klasse entgegensteht, sondern nur die konkreten Bedingungen darstellt, unter denen sie subjektiv – also durch unser politisches Handeln – hergestellt bzw. verwirklicht werden muss.

... oder Vereinheitlichung der Klassenlage?

Dabei wurde aber auch übersehen – und darauf nicht einzugehen, verwundert an Ekkehards Darstellung, dass die Zunahme sozialer Differenzierung unter den Lohnabhängigen nur die widersprüchliche Erscheinungsform ihres Gegenteils ist: nämlich gerade der objektiven Vereinheitlichung ihrer Klassenlage.

Diese strukturverändernde Bewegung der Arbeiterklasse vollzog sich historisch im Rahmen verschiedener Schübe. Ein Beispiel dafür lieferte Marx bereits selbst im ersten Band des „Kapital“ mit der Einbeziehung von Frauen und Kindern in die aktive Arbeiterarmee der „großen Industrie“ [3]. In der deutschen Geschichte sind uns die Proletarisierung der Mittelschichten im Zuge der großen Rationalisierungswelle der Weimarer Repu-

blik bekannt oder die „Landnahme“ der bäuerlichen Bevölkerung im Zuge der Ausweitung der industriellen Produktion in der Nachkriegszeit [4]. Aktuell gehören auch die breit diskutierten Tendenzen einer allgemeinen Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse zu genau dieser Bewegung einer Vereinheitlichung der Klassenlage. Sie dienen dazu, den Warencharakter der Lohnarbeit qualitativ stärker zu entfalten. Die Entfaltung des Warencharakters vollzieht sich dabei im Rahmen einer zunehmenden Austauschbarkeit der einzelnen Arbeitskraft. Davon sind etwa im Zuge innerbetrieblicher Ausstrahlungseffekte gerade auch die festangestellten Lohnabhängigen betroffen – und zwar in dem Maße, in denen ihnen die prekären Kolleginnen und Kollegen ein Gefühl von ihrer eigenen Austauschbarkeit vermitteln [5]. Ähnliche Prozesse einer Vereinheitlichung der Klassenlage der Lohnabhängigen vollziehen sich ebenfalls im Rahmen der fortschreitenden Standardisierung und Globalisierung von Arbeit (die schon längst nicht mehr nur die industrielle Einfarbeit betrifft) oder im Zuge des anhaltenden Rationalisierungsschubs der mikroelektronischen Revolution, die gegenwärtig als „Digitalisierung“ von Produktion und Vertrieb erscheint.

Verallgemeinerung der Lohnarbeit

Insofern verwirklicht sich die historische Bewegung zur Vereinheitlichung der Klassenlage der Lohnabhängigen durch die Verallgemeinerung der Lohnarbeit – und zwar nicht nur im quantitativen Sinne (was eben als Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln erscheint), sondern gerade auch qualitativ: Es geht um die reelle Subsumtion zuvor noch nicht oder nur formell unter das Kapital subsummierter Erwerbstätiger zur Produktion bzw. zur Erhöhung des relativen Mehrwerts. Infolgedessen kommt es zu einer permanenten Restrukturierung der Klassenverhältnisse, die mehr und mehr

Erwerbstätige auf die Klassenlage der Lohnabhängigen herabsinken lässt [6]. Das betrifft nicht nur die Bauern oder den gewerblichen Mittelstand (also die Kleinbürger), sondern insbesondere auch die aktuell immer noch anwachsenden Gruppen der Angestellten. Ihre Kämpfe – zuletzt z. B. im Erziehungsbereich – können als Reaktion auf die Nivellierung ihrer Klassenlage interpretiert werden.

Aber auch die Industrieangestellten verlieren allmählich ihre Komfortzone, die sie lange Zeit vor der unmittelbaren kapitalistischen Rationalisierung geschützt hatte. Dies betraf zunächst vor allem die geringer Qualifizierten, die sich bereits zu Zeiten der Weimarer Republik dem „Eindringen der Maschine und der Methoden des ‚fließenden Bandes‘ in die Angestelltensäle der Großbetriebe“ nicht erwehren konnten [7]. Heute erfasst die Fließband-Methodik – vermittelt neuer Formen der Arbeitsorganisation, Kennzahlen über die (je individuelle) Zielerreichung sowie die jeweilige Verquickung mit IT-basierten Prozessen – zunehmend auch die mittleren und höher qualifizierten Segmente der Angestellten. Auch die Arbeit von Informatikern oder selbst von Ingenieuren wird zunehmend in industrialisierte Prozesse eingebettet. Sie werden mehr und mehr als austauschbare Lohnabhängige unter das Kapital subsumiert.

Arbeiterklasse, arbeitende Klasse(n) – oder was?

Ekkehard sieht all diese Momente schon auch, aber er interpretiert sie anders. Weil er nicht von einem Vereinheitlichungsprozess ausgeht, sondern auf dem Paradigma der sozialen Differenzierung argumentiert, erscheinen sie ihm als Anwachsen einer „lohnabhängigen Mittelklasse“ oder Bedeutungszuwachs der Intelligenz „in allen Klassen“ (S. 53). Als Konsequenzen dieses Strukturwandels der Lohnabhängigen identifiziert er einen Schrumpfungsprozess des Industrieproletariats bei gleichzeitiger Expansion der Angestellten. Und angesichts dieser Diagnose stellt er sich die Frage, wer heute noch das revolutionäre Subjekt sein kann und wie man es heißen soll.

Zwar führt er zunächst an, was die geneigten Leserinnen und Leser auch

erwarten möchten: „Das potenzielle revolutionäre gesellschaftliche Subjekt ist [...] die Industriearbeiterklasse [...]. Diese Industriearbeiterklasse ist kleiner geworden, aber keineswegs verschwunden. Sie ist Kern der Klasse der Lohnarbeiter, weil ihre Ausbeutung unmittelbar erfolgt, weil sie direkt mit dem Kapital konfrontiert ist. Sie steht im Zentrum des ökonomischen Systems und ist damit potenziell auch das Zentrum gesellschaftsgestaltender Gegenmacht“ (S. 59). Aber dann fährt er eher kleinlaut fort und stellt fest, dass es mit der revolutionären Führungsrolle der Kolleginnen und Kollegen in den Großbetrieben ja aktuell nicht so weit her ist und im Übrigen das gesellschaftsverändernde Subjekt, „von seiner Interessenlage her“ (ebenda), die gesamte Klasse der Lohnabhängigen sei. Damit plädiert er für einen weiten Klassenbegriff, der über das Industrieproletariat hinausgreift. Weil der Begriff „Arbeiterklasse“ aber eine einheitliche Klassenlage impliziert und insofern der vermeintlichen Differenziertheit der Klasse nicht gerecht werde, schlägt er vor, stattdessen fortan besser von einer „arbeitenden Klasse“ bzw. sogar von „arbeitenden Klassen“ im Plural zu sprechen (S. 60).

Neuzusammensetzung der industriellen Kerne

Ich möchte hingegen – ausgehend von einem weiterhin engen Klassenbegriff – für einen Paradigmenwechsel in der Klassenanalyse plädieren. Ausgehend von der tendenziellen Vereinheitlichung der Klassenlage der Lohnabhängigen erscheint die Entwicklung des Industrieproletariats nämlich in einem anderen Licht. Dabei möchte ich gerade nicht dabei stehenbleiben, das Bild einer „schrumpfenden Industriearbeiterklasse“ in den imperialistischen Zentren zu relativieren, indem lediglich der Blickwinkel auf die globale Ebene gerichtet wird – das hilft uns nämlich an der Heimatfront nicht weiter. Stattdessen möchte ich vorschlagen, den Begriff der Industriearbeiterklasse aus einer Verengung zu befreien, die mir auf der Annahme zu beruhen scheint, dass nur „Handarbeit“ wertschöpfende Arbeit im Sinne materieller Produktion sei.

Wer heute einen Blick in moderne Werkshallen wirft, wird feststellen, dass diese zunehmend menschenleerer wer-

den, aber gleichzeitig die dahinter liegenden Büros der Angestellten förmlich aus allen Nähten platzen. Insbesondere der Anteil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den Ingenieurbereichen oder in der Software-Entwicklung steigt. Ihre Arbeit ist aber ebenfalls unmittelbar produktiv: Auch wenn man die Resultate oftmals nicht anfassen kann (sofern sie keine stoffliche Gestalt haben), werden sie dennoch materiell wirksam. Wer sich einmal zeigen lässt, wieviel Software heute etwa in einem gewöhnlichen Auto steckt, bekommt einen Eindruck davon.

Meine These ist also, dass wir es im Zuge fortschreitender Produktivkraftentwicklung mit einer Verschiebung im Verhältnis von Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion zu tun haben. Vor diesem Hintergrund kommt es nicht etwa zu einer Schrumpfung, sondern zu einer Neuzusammensetzung der industriellen Kerne der Klasse. Die Arbeiterklasse verändert gewissermaßen ihr Gesicht: Immer weniger Blaumänner treffen auf immer mehr Weißkittel.

In seiner Broschüre weist Ekkehard darauf hin, dass sich die Anzahl der Studierenden in Deutschland seit den 50er Jahren bis heute von 100.000 auf ca. 2,5 Millionen entwickelt hat (S. 53). Diese Akademiker verteilen sich tatsächlich auf alle Klassen, aber sicherlich der Großteil findet sich als wissenschaftlich-technische Intelligenz in den Betrieben wieder und ist dort – was Lenin einmal als ein wesentliches Merkmal des Industrieproletariats beschrieben hat – unmittelbar mit den modernsten Produktionsmitteln konfrontiert. Auch die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft erfolgt unmittelbar und in direkter Konfrontation mit dem Kapital. Auch sie stehen im Zentrum des ökonomischen Systems und damit potenziell auch im Zentrum „gesellschaftsgestaltender Gegenmacht“.

Absturz der Mittelschichten in die Arbeiterklasse

Dies alles wäre nur wenig interessant, wenn nicht gleichzeitig die Klassenstellung der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Bewegung geraten würde: Sie sinken ab in die Arbeiterklasse. Denn die oben bereits angedeutete Tendenz zur Vereinheitlichung der Klassenlage durch die Verallgemeinerung



der Lohnarbeit macht auch vor ihnen nicht halt. Auch sie werden mehr und mehr reell unter das Kapital subsumiert: Die zunehmende Industrialisierung ihrer Arbeit dient der Erhöhung des relativen Mehrwerts und macht sie austauschbar. Zudem verlieren sie mehr und mehr die Kontrolle über ihren eigenen Arbeitsprozess und damit ihre zuvor herausgehobene Position im System der gesellschaftlichen Produktion. Ihre betriebliche Stellung gleicht sich immer mehr der normalen Lohnarbeit an. Sie verlieren ihre Privilegien und die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Auch ihr Bewusstsein bleibt davon nicht unberührt.

Diese Bewegung in der Klassenstruktur der Gesellschaft ist die materielle Basis einer Entwicklung, die gemeinhin als Absturz der Mittelschichten diskutiert wird und die weltweit zu einer „neuen Periode sozialer Unruhe“ [8] geführt hat. Ein Problem ist dabei, dass diese (hochqualifizierten) Angestellten, anders als ihre verbliebenen Kolleginnen und Kollegen in den Werkhallen, oftmals kein historisch gewachsenes Verhältnis zur Arbeiterbewegung haben – sie ist ihnen in gewisser Weise fremd. Daraus resultiert eine relative Orientierungslosigkeit, die es aus sich selbst – und den gegebenen Kräfteverhältnissen – heraus wahrschein-

lich macht, dass sie zu wesentlichen sozialen Trägern dessen werden, was gemeinhin als Rechtspopulismus bezeichnet wird und in Deutschland z. B. in den Erfolgen der AfD zum Ausdruck kommt. [9]

Wir haben es also mit dem Entstehen neuer industrieller Kerne zu tun, die gegenwärtig aus den Mittelschichten in die Arbeiterklasse absinken und (oftmals) keinerlei natürliches Verhältnis zur betrieblichen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung mitbringen, weil sie es lange Zeit gewohnt waren, ihre Interessen selbst (wenn auch alleine) zu vertreten. Mit Blick auf das gegenwärtige Dilemma der Stellvertreterpolitik besteht darin aber auch eine gewisse Chance für die Arbeiterbewegung – und zwar in dem Maße, in dem es gelingt, diese neuen Kerne in betriebliche Klassenkämpfe hineinzuziehen, um sie zunächst gewerkschaftlich und endlich politisch mit den alten Kernen der Klasse zu vereinen.

Quellen und Anmerkungen:

[1] E. Lieberam, Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben. Bergkamen 2014. Zu bestellen direkt beim pad-Verlag: pad-verlag@gmx.net. Seitenangaben im Text beziehen sich hierauf.

- [2] Politische Thesen des Sekretariats des Parteivorstands der DKP. Hgg. von der DKP Südbayern. München 2010, hier S. 28. Auch wenn die „Thesen“ per Parteitagbeschluss kassiert wurden, werden sie nach wie vor von der DKP Südbayern (neuerdings mit einem Aufkleber der „Europäischen Linken“ versehen) vertrieben.
- [3] Vgl. MEW Bd. 23, S. 416ff
- [4] Vgl. B. Lutz, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt/Main 1984.
- [5] Vgl. W. Seppmann, Ausgrenzung und Herrschaft: Prekarisierung als Klassenfrage. Hamburg 2013.
- [6] Siehe hierzu auch die Feststellung von Marx, dass die Produktion des relativen Mehrwerts nicht nur die „technischen Prozesse der Arbeit“, sondern auch die „gesellschaftlichen Gruppierungen“ revolutioniere (MEW Bd. 23, S. 532f).
- [7] S. Krakauer, Die Angestellten. Aus dem neusten Deutschland. Frankfurt 1971, S. 12.
- [8] Vgl. F. Deppe, Eine neue Periode sozialer Unruhe? In: Z. 96, Dezember 2013.
- [9] Siehe als historische Analogie zu diesem Potenzial: B. Heimel, Mittelschichten – Brutstätten des Faschismus? In: R. Kühn/G. Hardach (Hg.), Die Zerstörung der Weimarer Republik. Köln 1977.



Marcel de Jong*

DIE PARTEI DER ARBEIT BELGIENS

– ERFOLGE EINER REVOLUTIONÄREN PARTEI IN NICHT-REVOLUTIONÄREN ZEITEN

Bei den Wahlen zur belgischen Abgeordnetenversammlung im Mai dieses Jahres gelang es der belgischen Partei der Arbeit (PVDA/PTB) [1], zwei Parlamentssitze zu erobern sowie zwei weitere Sitze im wallonischen Regionalparlament und vier in der Vertretung für die Region Brüssel. Da stellt man sich als nicht gerade von Wahlerfolgen verwöhnter deutscher Kommunist die Frage, was die belgischen Genossinnen und Genossen denn anders machen als wir. Und was ist das überhaupt für eine Partei?

Obwohl innerhalb der Vier-Parteien-Koordination mit der KP der Niederlande, der KP Luxemburgs und der DKP schon lange gute Beziehungen zur PVDA bestehen, hat der Parteivorstand der DKP erst im letzten Jahr nach ausführlicher Diskussion die Aufnahme von Parteibeziehungen zur PVDA beschlossen.

Ihren Ursprung hat die PVDA nämlich in einem vollkommen anderen Spektrum als die DKP. Sie entstammt der belgischen Studentenbewegung

SVB, einer progressiven Strömung innerhalb des katholischen flämisch-nationalistischen Hochschulbundes an der Katholischen Universität Leuven.

Alle Macht Aan De Arbeiders

1970 zog der Kern des SVB zum Streik der Bergarbeiter in der Provinz Limburg und wurde dort unter dem Namen Mijnerwerkersmacht (Bergarbeitermacht) aktiv. Fast zeitgleich entstand beim Streik bei Ford im nahen Genk ein ähnlicher Zusammenschluss unter dem Namen

Arbeidersmacht. Das waren die ersten „wilden Streiks“ einer Serie, die anfangs der 70er Jahre große wie kleine Betriebe lahm legte, oft ohne und wiederholt gegen die Gewerkschaften. Der Brückenschlag zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung hatte 1971 unter der Bezeichnung AMADA (Alle Macht Aan De Arbeiders) das Ziel, revolutionäre Arbeiterkomitees aufzubauen. Diese Bewegung verschiedener außerparlamentarischer Gruppen betrachtete sich rasch als kommunistische Partei im Aufbau.

Zu den Gewerkschaften waren angesichts der Angriffe auf die Gewerkschaftsvorstände die Beziehungen schlecht, AMADA warf ihnen vor, zu eng mit den Betriebsleitungen zusammenzuarbeiten und bezeichnete Betriebsräte schon mal als „Wachhunde der Bosse“. Das führte zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen mit AMADA-Aktivistinnen. Ab 1975 wurde die Haltung zu den Gewerkschaften zwar modifiziert, was aber noch keine aktive Mitarbeit in ihnen zur Folge hatte.

1971 entstanden auch die ersten Gruppenpraxen der Geneeskunde voor het Volk (Medizin für das Volk). Diese Arztpraxen wurden insbesondere in Arbeitervierteln aufgebaut – oft gegen den Widerstand politischer Gegner wie der Kommunistischen Partei Belgiens (KPB), als „Missionierungsarbeit“ abgewertet.

Innerhalb der kommunistischen Weltbewegung orientierte sich die PVDA an der KP Chinas, was die Beziehungen zur KP Belgiens belastete, der sie vorwarf, Verrat an den marxistisch-leninistischen Prinzipien zu üben. Die Politik der Wirtschaftsreformen in China ab 1978 unter Deng Xiaoping nach dem Tod Maos (1976) führte jedoch zu einer Neupositionierung der Partei und einem neuen Parteinamen.

Partei der Arbeit Belgiens – PVDA/PTB

1979 wurde auf einem Parteitag der Name Partij van de Arbeid van België (PVDA) bzw. Parti du Travail de Belgique (PTB) angenommen. In dieser Periode lehnte die Partei noch den Parlamentarismus, der dem Ziel der proletarischen Revolution entgegenstände, als bürgerlich ab. Erst im Lauf der 90er Jahre wurde diese Haltung revidiert,

die ersten Mandate errang die Partei bei den Kommunalwahlen im Jahr 2000. Bei der Parlamentswahl von 2003 reichte die PVDA unter dem Namen Resist eine gemeinsame Liste mit der Arabisch-Europäischen Liga (AEL) ein. RESIST forderte u. a. den Aufbau mehrerer islamischer Konfessionsschulen, die der belgische Staat finanzieren sollte.

Die Kombination linksradikaler Tendenzen und des Bündnisses mit Islamisten verschreckte die Wähler: Das Ergebnis war verheerend und ähnlich dann bei der Wahl zur Volksvertretung im selben Jahr. Darauf beendete die Partei die Zusammenarbeit mit der AEL. In den nächsten fünf Jahren korrigierte die PVDA-Führung die Linie, die sie in die politische Isolation gebracht hatte. „Wir waren es gewohnt, immer an der Spitze einer jeden Bewegung zu sein. Damals begannen wir, uns auch mal umzudrehen und sahen, dass sich die Massen sehr weit hinter uns befanden“, erinnerte sich eine Genossin der PVDA auf der Vier-Parteien-Konferenz zur Gewerkschaftspolitik 2011.

2008: Ein neuer Kurs

Auf dem 8. Parteitag im März 2008 wurde Peter Mertens zum Vorsitzenden gewählt. Um die Partei zu „verbreitern“, erklärte er öffentlich, dass die PVDA den „belehrenden Finger“ und die „großen Theorien“ weglassen müsse, und kündigte die Neuausrichtung der Partei an. In den Parteitagsdokumenten heißt es selbstkritisch: „Viele Arbeiter, Angestellte und Beamte fanden sich nicht wieder in den hohen Anforderungen zum Beitritt und zur Mitarbeit. Einige arbeitende Menschen haben sich von uns entfremdet, weil sie die Partei häufig als elitär, als eine Partei von „Supermensch“ empfanden. Einfache Menschen mit ihren Schwächen und Stärken fanden sich nicht in einer Partei wieder, die sich zu sehr auf eine eingeschränkte Kadergruppe ausrichtete (...)“.

Das neue Erscheinungsbild seiner Partei verdeutlichte Peter Mertens mit dem 2011 erschienenen Buch „Wie können sie es wagen?“, in dem er in lockerer, nicht „belehrender“ Weise seine Ansichten über „den Euro, die Krise und den großen Raubzug“ den Lesern mitteilte. Das Buch führte in Flandern über Monate die Bestseller-

listen für Sachbücher an und war in vielen TV-Sendungen Gesprächsthema.

Nach wie vor bezeichnet sich die PVDA jedoch als „kommunistische Partei dieser Zeit“ und betont: „Diese Partei ist ein Teil der internationalen kommunistischen Bewegung.“

Betriebsgruppen zentrale Orientierung

Die Linie zu den Gewerkschaften wurde revidiert. Nun wurden die Parteimitglieder angehalten, in die Gewerkschaften einzutreten, sich dort zu organisieren, wo die Masse der Werktätigen organisiert ist, sowohl in der sozialistischen ABVV als auch in der christlichen ACV, und mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen zu kämpfen. Diese Politik beginnt Früchte zu tragen, verschiedene Gewerkschaftsführer treten inzwischen völlig selbstverständlich auf Veranstaltungen der Partei auf. Und Mitglieder der PVDA haben inzwischen wichtige Funktionen in den Gewerkschaften, ohne sich mit ihrer Kritik an der Sozialpartnerschaft zurückzuhalten.

Dieser Einfluss konnte nur erreicht werden, weil die PVDA die Orientierung, sich in Betriebsgruppen zu organisieren, beibehalten hatte. Im Bericht an den 8. Parteitag von 2008 wird eine organisierte Betriebsarbeit in 45 Großbetrieben und rund 75 weiteren Betrieben aufgeführt. Diese Position gelte es auszubauen, hieß es, die PVDA müsse eine feste Position unter den arbeitenden Menschen gewinnen. Eine wichtige Voraussetzung dafür sei, neben der Arbeit in den Betrieben, die „Umarmung der Gewerkschaften“.

Die PVDA beurteilt die Gewerkschaften als wichtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse und als größtes antikapitalistisches Potenzial. Als Arbeiterpartei habe sie daher die Pflicht, die Gewerkschaften so stark wie möglich zu machen. Belgien hat einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, 75 Prozent aller Werktätigen sind in einer Gewerkschaft organisiert. Ein wesentlicher Auftrag für die Betriebsgruppen der Partei sei die Zusammenarbeit mit Vertrauensleuten und aktiven Gewerkschaftern in den Betrieben. „Die Gewerkschaft umarmen ist eine Sache der gesamten Partei. Wir spornen jedes Parteimitglied an, Mitglied der Gewerkschaften zu werden. Wir wollen auch,



dass alle Gruppen und Arbeitskreise sich umfassend mit der Gewerkschaftsarbeit befassen: die internationale Abteilung, Medizin für das Volk, die Jugend, Rechtsanwälte usw.“ Diese Orientierung auf Betriebsgruppen ist ein entscheidender Pluspunkt der PVDA.

Zusätzlich zu den Betriebsgruppen werden seit dem 8. Parteitag gezielt Gruppen in den Wohngebieten aufgebaut. Die schon erwähnten Gruppenpraxen der „Medizin für das Volk“ – elf sind es in ganz Belgien – arbeiten eng mit den lokalen Gruppen zusammen. Ihre 53 Ärzte, 50 Mitarbeiter und 72 Ehrenamtlichen behandeln ca. 25.000 Patienten pro Jahr, ohne Vorkasse, wie es sonst in Belgien üblich ist. Sie werden aber auch angehalten, Kontakt zu den Betriebsgruppen aufzunehmen und Untersuchungen zu berufsbedingten Krankheiten zu machen. Insgesamt haben sie durch ihre Arbeit zu den Wahlerfolgen der Partei beigetragen.

Wahlerfolge

Eine völlige Neuorientierung gab es in der Frage der Beteiligung an den Wahlen, die nun als Chance betrachtet werden, der Bevölkerung die Argumente der Partei zu vermitteln, und das auch schon im Vorfeld, bei der Erarbeitung des Wahlprogramms. Die von der Partei befragten Menschen konnten sich für eine andere Gewichtung der Wahlziele aussprechen – eine neue Form von Wahlkampf, weit besser als bürgerliche Meinungsbildung.

Die Wahlergebnisse entwickelten sich darauf positiv. 2006 errang die PVDA landesweit 15 Mandate, eine Verdreifachung des Ergebnisses von 2000. Bei den Parlamentswahlen 2010 verbuchte die PVDA ein leichtes Plus von 0,4 Prozent (1,3 %). Und bei den Kommunalwahlen 2012 konnte sich die PVDA auf 52 Mandatsträger steigern. Die zentrale Forderung im Parlamentswahlkampf 2014 war eine Kampagne für eine Millionärsabgabe.

Es gibt äußere Bedingungen, die sich von denen in der BRD stark unterscheiden und die diese Entwicklung begünstigten. Zum einen herrscht in Belgien Wahlpflicht, was die Zahl der Protestwähler in die Höhe schnellen lässt. Sie können den Rechten, aber auch den Linken zugute kommen. Zum anderen gibt es in Belgien keine links-

opportunistische Partei à la Partei Die Linke. Die alte KP Belgiens hat sich vor 25 Jahren entlang der Sprachgrenzen aufgeteilt; beide Teile sind Mitglied der EL. Die flämische KP hat sich aufgelöst, die wallonische PC ist relativ schwach, und Teile von ihr orientieren auf die Wahl der PVDA. Es gibt zwar Bestrebungen der EL, die PC als Konkurrenz zur PVDA aufzubauen, doch bisher ist das nicht gelungen. So ist die PVDA die einzige marxistische Wahlalternative zur Sozialdemokratie. Um die „linken fortschrittlichen Stimmen“ nicht zu zersplittern, hat 2009 die Antwerpener Parteigruppe der KPB zur Wahl von Peter Mertens aufgerufen. Diese bemerkenswerte Entscheidung war für beide Parteien ein Bruch mit der Vergangenheit, in der sie einen ziemlich verkrampften Umgang miteinander pflegten.

Wohin entwickelt sich die PVDA?

Wichtiger noch als die Wahlerfolge ist es, dass die Partei ihre Mitgliederzahl erheblich steigern konnte. Eine Statutenänderung führte zu einer „Mitgliedschaft auf drei unterschiedlichen Niveaus und Formen der Mitgliedschaft“, die die Annäherung an die Partei leichter machte. Der innere Kern sind die so genannten Militanten: Sie sind marxistisch-leninistisch geschult und können ihre ganze Kraft für den Aufbau der Partei einsetzen, sie sind freigestellt. Um diesen Kern herum befinden sich die Mitglieder der Basisgruppen. Sie haben eine politische Grundlagenschulung absolviert und setzen sich für die Partei in der Regel neben ihrem Beruf ein. Als äußere Schicht gelten die „beratenden Mitglieder“. Sie nehmen viermal im Jahr an einer Versammlung teil, um die Politik der Partei nach außen vertreten zu können, und zahlen 20 Euro Mitgliedsbeitrag im Jahr. Aus dieser dritten Schicht rekrutieren sich die Kandidaten für die Basisgruppen, wobei die Grundlagenschulung eine Voraussetzung dafür ist.

Der Mitgliederzuwachs stellt die Partei aber auch vor schwierige Probleme. Noch tummeln sich die meisten der 4000 neuen Mitglieder in der „Randgruppe“ der Partei, und so manche öffentlichen Diskussionen klingen nicht sehr revolutionär. Aber der „militante“ Kern und die Basisgruppen bilden sich auf dem Boden der Lehren von Marx und Lenin fort. Ihr Ziel ist es, die Partei für die Herausforderungen dieses Jahr-

hunderts fit zu machen. Zur Zeit sind sie mit ihrer Herangehensweise allemal erfolgreicher als in früheren Zeiten, als sie jede Demo mit riesigen Transparenten von Marx, Lenin, Stalin und Mao beherrschten.

Die Besorgnis einiger Genossen, die PVDA sei auf dem Weg in den Revisionismus, ist mit solchen Forderungen wie der Millionärssteuer – die auch von Parteien wie der KPÖ oder der Linkspartei vertreten wird – sicherlich nicht zu begründen. Die gute Zusammenarbeit mit sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsführungen ist da schon bedenklicher. Aber die Gefahr wird von der PVDA-Führung selbst gesehen, und sie arbeitet ihr entgegen.

In nicht-revolutionären Zeiten erfordert die Verbindung zwischen der Ideologie des Marxismus-Leninismus und massenwirksamer Praxis hohe taktische Flexibilität und Kreativität der Kommunisten – auch bei uns. Die PVDA ist auf dem Weg.

** Marcel de Jong ist Mitglied der Internationalen Kommission und einer der Vertreter der DKP bei der Vier-Parteien-Koordination von PVDA, DKP, KPL und NCPN*

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Belgien ist ein Land mit zwei offiziellen Hauptsprachen: Niederländisch im flämischen Landesteil und Französisch im wallonischen Teil, die Hauptstadt Brüssel ist offiziell zweisprachig. Die Partei der Arbeit als unitäre, im ganzen Land vertretene Partei hat daher auch zwei Namen und zwei Abkürzungen. Als Niederländisch Sprechender habe ich durchgängig die niederländische Abkürzung verwendet, andere mögen das anders halten. Die Partei der Arbeit kürzt sich auf Niederländisch PVDA oder pvda ab, auf keinen Fall aber „PvdA“, denn dabei handelt es sich um die „Partij van de Arbeid“ der Niederlande, die dortige sozialdemokratische Partei.



PERSPEKTIVE KOMMUNISMUS?

EIN DISKUSSIONSANGEBOT

Im Frühjahr 2014 haben sich mehrere Organisationen aus verschiedenen deutschen Städten, die sich selbst als kommunistisch verstehen, zur „Perspektive Kommunismus“ zusammengeschlossen. In ihrem ersten Dokument [1], einer politischen Plattform, haben sie programmatische und organisationspolitische Standpunkte zusammengefasst und zur Diskussion gestellt. Auf dieses Angebot wollen wir gerne eingehen.

Schonungslose Analyse

Der Text begibt sich mit einer kurzen, aber schonungslosen Analyse der derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse. Die tiefe Wirtschaftskrise mit der gleichzeitigen Offensive des Imperialismus auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschheit wird als grundsätzliche Herausforderung jeglicher fortschrittlicher Bewegung betrachtet. Als zentrales Problem wird der vollkommen ungenügende Zustand der Arbeiterbewegung, insbesondere der revolutionären Organisation, betont.

Hervorzuheben ist die gründliche Auseinandersetzung mit der Klassenfrage. In Auseinandersetzung mit Positionen in der radikalen Linken in den letzten 30 Jahren wird sie als die entscheidende benannt und die historische Mission der Arbeiterklasse beschrieben. Der Fakt eines nur noch rudimentär vorhandenen Klassenbewusstseins wird nicht missbraucht, um die Klassentheorie zu entsorgen, sondern es steht das Bemühen im Vordergrund, mit Hilfe der Klassenfrage aktuelle politische und gesellschaftliche Phänomene zu erklären. Es werden Ansätze benannt, an Hand derer sich zukünftig fruchtbare Diskussionen führen lassen: zur Frage der Formierung der Klasse, aber auch zum Einfluss bürgerlicher und reaktionärer Ideologien als Gegenmaßnahme des Kapitals.

Leider viel zu kurz und deshalb nur schwer diskutierbar wird die Dialektik von örtlichen Kämpfen und proletarischem Internationalismus als auch die

Frage nach Mitarbeit in reformistischen Organisationen angerissen.

Aus der Klassenfrage wird die Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung und des Aufbaus des Sozialismus abgeleitet, nicht abgrenzend, sondern in solidarischer Auseinandersetzung mit den ersten sozialistischen Anläufen.

Theorie ...

Ein kurzer Ausflug, der die Dialektik von Theorie und Praxis zu erfassen versucht, gerät deutlich zu kurz und offenbart eine zentrale Schwäche: Es fehlt – trotz aller Rückgriffe auf die Marx'sche Theorie – eine wissenschaftliche Weltanschauung als Grundlage, wenn sie nicht sogar abgelehnt wird. Die gesellschaftliche Bedeutung des Marxismus-Leninismus als Theorie der Befreiung der Menschheit wird verkannt, insbesondere die ihr zugrunde liegende Philosophie der Veränderung scheint nicht begriffen worden zu sein. Das Verständnis der dialektischen Einheit von Theorie und Praxis schließt notwendigerweise das Aufnehmen von neuen Erkenntnissen und (Kampf-)Erfahrungen mit ein – einfaches Abschreiben wird dadurch ausgeschlossen, auch wenn dies zeitweise Praxis in kommunistischen Parteien war. Politische Strategieentwicklung muss deswegen auch tiefer gehen, als bloß heutige Kämpfe und Bewegungen zu analysieren. Sie muss tiefgreifende Gesellschaftsanalyse betreiben, um aus dem aktuellen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse ableiten zu können.

„Die Einsicht in die Dialektik der Widersprüche ersetzt die moralisch-humanitäre Wehklage. Sie setzt eine politische Strategie für eine humane Gesellschaft frei. Nur im Rahmen einer solchen Strategie gewinnt der Zorn gegen das Unrecht eine verändernde Kraft. Für praktische Politik reicht es nicht, das Bessere sich auszumalen; die genaue Bestimmung des real Möglichen (...)“ [2]

... und Praxis

„Die revolutionären Kräfte haben die Aufgabe, die Organisation der Klasse voranzutreiben, in deren objektivem Interesse eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse liegt.“ [3]

Zwar wird die Frage nach der Formierung der Klasse zur Klasse für sich gestellt, die Rolle des Klassenbewusstseins geht dennoch unter. Auf welcher Grundlage soll sich die Klasse organisieren? Ist es nicht vielmehr die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei, der Organisation des Proletariats, vorerst noch unabhängig von ihrem heutigen, konkreten Zustand, Klassenbewusstsein zu schaffen? Folgt nicht aus der Erkenntnis der eigenen Klassenlage die Einsicht in die Notwendigkeit der Organisation: zur Abwehr der Offensive der Bourgeoisie und erst Recht für den Gegenangriff auf das Kapital?

Im Kampf gegen das Kapital entwickelt die Arbeiterklasse das Bedürfnis, ihre Lage theoretisch zu durchdringen, und umgekehrt erwächst aus der Durchdringung der kapitalistischen Realität das Ziel, die Verhältnisse umzuwerfen. Ohne Organisation wird beides nicht gehen, und es wird ohne beides keine Organisation geben.

Die zweite Problematik erfolgt aus dem Anspruch, „zumindest punktuell die Macht des Gegners in Frage zu stellen“. Nun ist dieser Anspruch per se nicht abzulehnen, sondern eher zu befürworten. Doch die Praxis der Gruppen muss hier schon die Frage aufwerfen, welche Strategie hinter dem Handeln steht, insbesondere ob die Dialektik von Wirklichkeit und Möglichkeit vollends erkannt ist.

Wie und wann die Taktik, die Macht des Gegners in Frage zu stellen, sinnvoll ist, kann nur danach entschieden werden, ob dadurch Klassenbewusstsein entstehen kann. Da kann z. B. eine nicht so revolutionäre Aktion im Betrieb, die viele Kolleginnen und Kollegen gewinnen konnte, wirksamer sein



als das Abbrennen eines Bengalos auf einer Demo, ohne dass einem die Bullen aufs Maul hauen.

Öfter mal was Neues?

Zu Recht wird kein gutes Haar am Zustand der sich heute als kommunistisch verstehenden Organisationen und Parteien gelassen. Niemand kann für sich heute in Anspruch nehmen, den historischen Notwendigkeiten zu entsprechen. Neben linkssektiererischen Organisationen scheint die DKP gemeint zu sein, wenn es um die Partei geht, die „kaum durch eine revolutionäre Praxis präsent“ [4] ist. Das stimmt und ist gleichzeitig falsch. Die Kritik verkennt die Aktivitäten ihrer Mitglieder im Betrieb, im Wohngebiet und in Bündnissen – dennoch kann dies den Notwendigkeiten des Klassenkampfes nicht genügen.

Bei allen ideologischen Verirrungen der letzten Jahre und bei allen theoretischen Auseinandersetzungen bleibt die DKP die einzige kommunistische Organisation in Deutschland, die sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten lässt und ihn weiterentwickelt. Während sich reformistische und sektiererische Organisationen bestenfalls Teile herauspicken, gründet die DKP ihre Politik auf der Philosophie des dialektischen und historischen Materialis-

mus, der politische Ökonomie des Marxismus und der Lehre der Klassenkämpfe.

Die Trennung von politischer Ökonomie und Philosophie, insbesondere der Geschichtsphilosophie, und damit des weltverändernden Charakters der Lehre von Marx und Engels war Wegbereiter für den Revisionismus und ist es bis heute geblieben. Charakteristisch für das Sektierertum dagegen ist der Voluntarismus (bei allem Verständnis für revolutionäre Ungeduld).

Die Zeit ist reif!

Die aufgeworfenen Fragen nach der Organisation des revolutionären Widerstands und der Keimzelle für einen zukünftigen Anlauf stellen sich auf Grund der objektiven Bedingungen. 25 Jahre nach der Konterrevolution ist es höchste Zeit, sich neu aufzustellen und mit der Organisation für einen neuen Anlauf zu beginnen. Diese Fragen stellt sich die radikale Linke insgesamt: Ob ALB, Perspektive Kommunismus oder innerhalb der DKP.

Es gilt die Wirklichkeit zu analysieren, die Möglichkeiten auszuloten und daraus eine politische Strategie zu entwickeln. Das muss auch kontrovers sein, der Streit über die richtige Widerspiegelung der Widersprüche kann uns

nur voranbringen. Verständigen müssen wir uns über Gemeinsamkeiten unserer Theorie und der praktischen Schlussfolgerungen: Ist die zentrale Aufgabe das Schaffen von Klassenbewusstsein? Wenn ja, wie geht das?

Es gilt aber auch, den gemeinsamen Kampf zu führen. Dabei müssen wir wegkommen von der „Eventkultur“ hin zur Verankerung in Betrieb und Stadtteil [5]. Nur wenn es uns das gelingt, können wir behaupten, wir haben auf der Basis unseres Klassenstandpunkts den richtigen Schluss gezogen.

Wenn wir diese Diskussionen und diese Kämpfe gemeinsam führen, wieso sollten wir uns dann nicht auch gemeinsam organisieren: in der Partei, die die besten Traditionen von revolutionärer SPD, KPD, SED und SEW in sich aufgenommen hat?

Quellen und Anmerkungen:

- [1] www.perspektive-kommunismus.org
- [2] Hans Heinz Holz: Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie. Band 1, S. 226
- [3] Perspektive Kommunismus, Abschnitt Klassenstandpunkt
- [4] Perspektive Kommunismus, Abschnitt Organisierter Aufbau
- [5] Vgl. Tom Eipeldauer, „Nur noch Event“, JW, 22.9.2014



WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Björn Schmidt

KONTROVERS DISKUTIEREN, EINHEITLICH HANDELN

So alt wie die Arbeiterbewegung ist auch die Frage nach der adäquaten Organisationsform für Sozialisten und Kommunisten. Immer wieder entflammt die

Debatte, welche Eigenschaften, welche Prinzipien des Innenlebens eine linke Organisation haben sollte. Und dies nicht ohne Grund, ändert sich doch die

Zusammensetzung der Arbeiterklasse beständig, ändern sich Einstellungen, Formen der politischen Auseinandersetzung und nicht zuletzt die ökonomi-

schen und politischen Rahmenbedingungen, von der Finanzierung bis hin zur staatlichen Repression.

Marx, Engels und Lenin haben das Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus begründet. Es geht davon aus, dass im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, innerhalb derer permanent Interessenwidersprüche zwischen unterschiedlichen Fraktionen der Bourgeoisie ausgetragen werden, die Partei der Arbeiterklasse ein einheitlicheres Klasseninteresse besitzt. Damit negierten sie keinesfalls unterschiedliche, bisweilen sogar mit Härten ausgetragene Meinungsverschiedenheiten – mahnten aber zu Geschlossenheit und Einheit in der gemeinsamen Aktion, sprich in der Auseinandersetzung mit dem Klassengegner. In einer demokratischen Debatte sollte die Freiheit der Kritik gelten. Bei gefassten Beschlüssen müsse sich aber die Minderheit der Mehrheit unterordnen. Nicht aufgrund von Machtgelisten, sondern um die ganze Kraft der Organisation einzusetzen – und nicht wie bei basisdemokratischen Ansätzen lediglich die Kraft der Mehrheit. Dieses Prinzip garantiere der gesamten Organisation – der Mehrheit wie der Minderheit im Falle von divergierenden Strategien – die Möglichkeit der Überprüfung der Richtigkeit eines Beschlusses durch die Praxis. Damit gibt sie auch der Minderheit die Gelegenheit, anhand einer gemeinsamen Praxis eine möglicherweise falsche Strategie zu kritisieren und zu korrigieren.

Dieses Prinzip wurde unter verschiedenen Bedingungen unterschiedlich verwirklicht. In der faschistischen Illegalität herrschte strikter, geradezu militärischer Zentralismus. In Zeiten bürgerlich-demokratischer Herrschaft konnte die innerparteiliche Demokratie ausgeweitet werden. Die Grundelemente sind periodische Wählbarkeit der Gremien von unten nach oben, Absetzbarkeit durch die Wähler, Rechenschaftspflicht, Kollektivität der Leitung, Beschlussverbindlichkeit und die Mitwirkung aller Mitglieder.

Nicht nur in der DKP findet eine Diskussion über die nötige Organisationsform statt. Gruppen der „radikalen Linken“ wie etwa die Interventionistische Linke (IL) diskutieren, wie ein höherer Grad von Organisiertheit erreicht werden kann, um „in gesell-

schaftliche Kämpfe zu intervenieren, die Kräfteverhältnisse zu verschieben und auf einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus und allen anderen Unterdrückungsverhältnissen zu orientieren“. [2]

Während in den verschiedenen Spektren der Linken in den letzten Jahren der Wunsch nach Bildung von verbindlicheren Organisationen steigt, wird in dem Papier „Position zu den Inhalten eines Leitetrags zum 21. Parteitag“, das gegen den Leitetrags des Parteivorstands gerichtet ist, das Organisationsprinzip der DKP verfälscht und diffamiert: „Die politische Stärkung der Gruppenarbeit ist nicht durch Kampagnen von oben oder im Sinne eines Durchorganisierens der Partei zu erreichen. (...) Die besondere Bedeutung der Grundorganisationen als Politik entwickelnde Einheiten und die Vorbereitung von politischen Initiativen der gesamten Partei durch eine breite Diskussion sind wichtige Lehren aus einem überzentralisierten Parteiverständnis des letzten Jahrhunderts. Genossinnen und Genossen sind keine Parteisoldaten oder Befehlsempfänger, die nur auf die Weisungen von der Zentrale warten.“ Was auf den ersten Blick unstrittig erscheint – wer ist schon gegen eine breite Diskussion? Wer will schon eine überzentralisierte Partei? –, ist auf den zweiten Blick ein Angriff auf das Organisationsverständnis der DKP. Denn es ist unverkennbar als Zustandsbeschreibung der DKP seit dem 20. Parteitag gemeint. Es wird das Bild einer autoritären, bürokratischen, praxisfernen und nur auf den eigenen Vorteil bedachten PV-Mehrheit gemalt. Demgegenüber stünden dann die Parteigruppen, die besser für sich alleine Politik entwickeln sollten.

Damit wird in Abrede gestellt, dass es überhaupt ein sinnvolles und austariertes Verhältnis zwischen Leitungsgremien und Grundorganisationen geben könne. Das Konzept einer demokratischen Diskussion und Beschlussfassung bei anschließender gemeinsamer Umsetzung der Beschlüsse ermöglicht es erst, eine gemeinsame bundes- oder bezirkswerte Politik zu entwickeln. Nicht gegen, sondern im Einklang mit den Schwerpunkten und Initiativen der Grundorganisationen. Leitungsgremien stehen in der Verantwortung, diesen Einklang immer wieder herzustellen.

Tatsächlich sind Kampagnen, richtig konzipiert und durchgeführt, kein „Aufdrücken“ von Aktionen und Schwerpunkten, die den Grundorganisationen in die Quere kommen. Hinter diesem Vorwurf verbirgt sich die verklausulierte Grundsatzkritik der DKP-Opposition an zentralen Kampagnen wie dem Europawahlkampf 2014 oder der jüngst beschlossenen Orientierung zum 8. Mai 2015 [3]. Gerade letzteres Arbeitsvorhaben ist ein gutes Beispiel dafür, wie zentrale Leitungsgremien und Ortsgruppen zusammenwirken können: mit einer gemeinsamen inhaltlichen Orientierung – gegen Geschichtsrevisionismus, Antikommunismus und antirussische Kriegshetze – unter den örtlich verschiedenen Bedingungen, was die eigene Stärke, Traditionen, Bündnispartner, Art der Aktionen usw. angeht. Begleitet von bundesweiten Konferenzen, bundesweiter Öffentlichkeitsarbeit und vor allem bundesweitem Erfahrungsabgleich kann so die ganze Kraft der DKP in die Waagschale geworfen werden.

Während in linken – nicht immer sozialistischen oder kommunistischen – Zusammenschlüssen die eigene Kampagnenfähigkeit als Ausweis von Handlungsfähigkeit gilt, wird sie von der DKP-Opposition um die „Marxistische Linke“ als undemokratisches, disziplinierendes Instrument aus längst vergangenen Zeiten diffamiert. Hinter dem konstruierten Widerspruch von Grundorganisationen und Vorstand steht aber letztendlich der Streit um die Ausrichtung der Partei. Die Mehrheit des 20. Parteitags hat sich deutlich für das Anknüpfen am revolutionären Weg der DKP seit ihrer Gründung 1968 entschlossen. Die „Marxistische Linke“ steht dem Konzept einer pluralistischen, d. h. unverbindlichen und uneinheitlich handelnden linken Partei näher. Kein Zufall, dass ihre Vertreter in Wahlkämpfen wie dem Europawahlkampf 2014 die kommunistische Wahlkandidatur und -kampagne ablehnten und weitgehend nicht umsetzten.

Quellen und Anmerkungen:

[1] www.interventionistische-linke.org/dritte-phase-organisierung-und-organisation (Abschnitt 16)

[2] DKP-Informationen Nr. 5/2014



Timur Stockholm

IMMER NOCH „STAMOKAP“? [1]

Um es gleich vorweg zu sagen: Die Lektüre lohnt sich wirklich. Der in der „Basis“-Reihe bei PapyRossa erschienene Band von Gretchen Binus, Beate Landefeld und Andreas Wehr von knapp über 100 Seiten vermittelt prägnant wesentliche Analysen und Daten, um Struktur und Charakter des heutigen Monopolkapitalismus zu verstehen.

Sehr zu Unrecht hat die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (auch Stamokap oder SMK) den Ruf einer stark angestaubten Lehre aus der Mitte des letzten Jahrhunderts. Dabei ist das „Wesen des Monopols als Macht- und Herrschaftsverhältnis“ eine zentrale Frage für die kommunistische Bewegung und die Arbeiterklasse.

Wesentliche Punkte, die auch unter Kommunisten heute teilweise umstritten sind, lassen sich nach der Lektüre besser verstehen und beantworten: Wie ist das Verhältnis von Staat und Monopolen? Welche Rolle haben internationale Gremien wie IWF und EZB? Was sind die inneren Triebkräfte der Krise? Welche Struktur haben die Monopole? Welche Bedeutung hat ausländisches Kapital in Deutschland? Welche Funktion haben die Nationalstaaten? Wie ist die EU zu bewerten? Wie sind staatliche Unternehmen einzuordnen?

Die Beantwortung dieser Fragen ermöglicht die Bestimmung des politischen Gegners und der historischen Etappe. Nur so lässt sich eine ernstzunehmende politische Strategie zur Überwindung des Kapitalismus erarbeiten. Dass diese Aufgabe auch mit guter Analyse nicht trivial ist, zeigt das letzte Kapitel des Buches.

Wesen und Eigenschaften des SMK

Die zentrale Frage der SMK-Theorie ist die Frage des Verhältnisses von Monopolen und Staat. Zur Vertiefung des Monopolbegriffs nennt G. Binus drei wesentliche Aspekte: [2]

1) Das ökonomische Monopol ist ein weiterentwickeltes Kapitalverhältnis. Es taucht in vielen Formen auf, bestimmend ist aber die ökonomische und außerökonomische Gewalt, mit der die Profite eingetrieben werden.

2) Wachsende Monopole führen zu Kapitalakkumulation und damit zwangsläufig zur Enteignung. „Nur die Verfügungsmacht über anwachsende, gewaltige gesellschaftliche Kapitalien gestattet den Monopolen eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte, die Beherrschung von materiellen und Wissens-Ressourcen, die Verfügung über die Organisation der Produktion und die Aneignung ihrer Resultate und damit die Realisierung der Profite“ [3]. Das bedeutet nicht nur Enteignungen in der monopolistischen Sphäre. „Zugleich werden auch alle anderen [...] in ihren Eigentums- oder Gewinnansprüchen beschnitten. Das betrifft das Einkommen der arbeitenden Klasse [...] wie der kleinen und mittleren Unternehmen.“ [4]

3) Das Monopol verschärft die Konkurrenz. Sie „vollzieht sich im nationalen und internationalen Maßstab um die Beherrschung von Wissenschaft und Technik, Rohstoff- und Finanzressourcen. Sie vollzieht sich zwischen den verschiedenen Größenklassen kapitalistischer Unternehmen um Existenz und Expansion zur Sicherung des Profits“. [5]

Mit dem notwendigen Zusammenwirken von Monopolen und Staat wird eine neue Qualität erreicht. G. Binus charakterisiert diese wie folgt: [6]

– Staatsinterventionen sind eine permanente Erscheinung, wie die konstant hohe Staatsquote zeigt. Sie treten vielfältig auf: als Subventionen, Staatsaufträge, Steuermaßnahmen, Finanzierungen von Forschung und Entwicklung, Exportförderung, direkte Verfügung oder das Staatseigentum an Unternehmen.

- Wirtschafts- und sozialpolitische Interventionen wie „neoliberale“ (marktradikale) oder „keyensianische“ (interventionistische) Eingriffe sind Varianten des SMK zur Systemstabilisierung während ökonomischer Krisen.
- Der Staat reguliert auch soziale Prozesse und ist genötigt seine Politik für die Monopole ideologisch zu verschleiern.
- Das Verhältnis von Staat und Monopolen ist widersprüchlich. Die notwendige relative Eigenständigkeit des Staates und seine Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen führen zu ständigen Kämpfen um die Ausrichtung des staatlichen Agierens.
- Es gibt sehr unterschiedliche nationale Ausprägungen des SMK.
- Die Ambivalenz des SMK zeigt sich auch international. In IWF, Weltbank, WTO, EU oder dem European Round Table werden Konkurrenz und gemeinsame Interessen ausgehandelt.

Eine neue Stufe monopolistischer Konkurrenz

G. Binus verzeichnet nach dem Ende der Bipolarität um 1990 die Herausbildung mehrerer konkurrierender Machtzentren. Sie unterlegt dies mit Zahlen zur Verteilung der 100 größten Konzerne in den Weltregionen, die die neuen (ökonomischen) Machtverhältnisse verdeutlichen. Gleichzeitig nimmt der Kapitalexport massiv zu: Er hat sich von 1990 bis 2012 mehr als verzehnfacht und erfolgt zu über 70 Prozent aus den imperialistischen Zentren. [7]

Weiter konstatiert sie als wesentliche Entwicklungsmomente die Herausbildung von Hightech-Industrie und IT, die fortschreitende Globalisierung der Produktionsnetzwerke, die Herausbildung marktbeherrschender Finanzkonzerne, die forcierte Akkumulation durch Privatisierung öffentlicher Güter und eine gesteigerte Gewaltpolitik. Die Konkurrenz und Gewaltpolitik tritt besonders in der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der Länder hervor und dient der direkten Umsetzung von Konzerninteressen.

Klarheit fehlt allerdings in der Charakterisierung des Finanzsektors in diesem Abschnitt. So wird zu Recht festgestellt, dass Großbanken und Fonds zentrale Werkzeuge zur Realisierung milliardenschwerer Fusionen und Übernahmen sind und der Umverteilung von Profiten zugunsten der Monopole dienen. Auch wird erwähnt, dass Profite in der Finanzsphäre angelegt wurden. Wie so oft wird hier aber die Bedeutung des Finanzsektors verabsolutiert und der Finanzsektor mit dem Finanzkapital (Verschmelzung von Bank, Industrie und Handelskapital!) und der Finanzoligarchie (Herrschaftselite des Finanzkapitals) vermischt. Mehrwert kann im Finanzsektor nicht geschaffen werden. Milliardenschwere Nominale von Derivaten sind kein Maß für reale ökonomische Bedeutung.

Hier mangelt es uns an einer detaillierten Analyse, wie die ökonomische Organisation der Monopole mit Hilfe von Banken, Fonds und Versicherungen organisiert und die wirtschaftliche Macht der Milliardärclans verwaltet wird.

Wer ist die Monopolbourgeoisie?

Mit der wunderbaren Faktensammlung B. Landefelds können zahlreiche Mythen widerlegt werden. Hier soll nur eine kleine Auswahl gebracht werden, die Lektüre des Kapitels ist wärmstens zu empfehlen. Sind Monopole bedeutend? Ja – nur 0,3 Prozent der deutschen Unternehmen realisieren 62 Prozent der Umsätze. Nimmt die Konzentration zu? Ja – selbst unter den Top100 hat sich die Zahl der abhängigen Konzerntöchter in den vergangenen 60 Jahren verdoppelt. Führt Aktienstreubesitz zu einer Verteilung der Kontrolle? Nein – der Einfluss der Milliardärclans wächst. Werden deutsche Konzerne von ausländischen Heuschrecken kontrolliert? Nein – der Anteil ausländischer Konzerne in den Top100 bleibt konstant bei ca. 20 Prozent, und die Beteiligungen ausländischer Fonds an deutschen Konzernen sind im Allgemeinen nicht mit Kontrolle verbunden.

Dazu weist die Autorin an zahlreichen Beispielen die personelle Verflechtung der Konzerne (Finanzoligarchie) nach und beschreibt die enge Verbindung von staatlichen Akteuren mit den Monopolen. Neben den Managern staatlicher und verstaatlichter Unternehmen

zählen vor allem die Schlüsselfiguren in Regulierungsgremien, Aufsichtsbehörden oder Notenbanken. Hier gibt es im Rahmen der EU viele internationale Institutionen. Dass deren Herausbildung aber gerade nicht die Herausbildung einer europäischen Bourgeoisie oder eines europäischen Beamtenapparats bedeutet, weist die Autorin nach. [8]

Ist die Konkurrenz imperialistischer Staaten in der EU aufgehoben?

Vor 100 Jahren wurden die Illusionen eines Ultraimperialismus, der angeblich die nationale Konkurrenz mindert oder gar aufhebt, blutig widerlegt. Insbesondere vor dem Ausbruch der jüngsten Krise 2007/08 hatten Theorien eines neuen „transnationalen Kapitalismus“ in Verbindung mit einer globalen Bourgeoisie und einem angeblichen Bedeutungsverlust der Nationalstaaten sogar in der DKP Fuß gefasst. A. Wehr, profunder Kenner der Institutionen der EU, macht deutlich, dass die EU als Staatenbündnis verstanden werden muss [9]. Sie stellt die weitestgehende Integration kapitalistischer Staaten dar. Gleichzeitig werden die zentralen Bereiche nationaler Souveränität nach wie vor national geregelt, weil die Konkurrenz zwischen den EU-Staaten nicht aufgehoben ist und weil die Bourgeoisie ohne den direkten Zugriff auf die Unterdrückungsinstrumente Militär, Polizei, Justiz usw. ihre Herrschaft nicht aufrecht erhalten kann.

Es existiert keine europäische Kapitalistenklasse. A. Wehr verweist auf die Auseinandersetzungen zwischen den EU-Kernmächten Deutschland und Frankreich im Krisenverlauf [10]. Gleichzeitig gibt es zwischen den beiden Staaten und einem bedeutenden Teil ihrer Monopole gemeinsame Interessen gegenüber den USA oder gegenüber den nachholenden Mächten wie China oder Russland. Die Dialektik von Konkurrenz und Kooperation ist der Schlüssel zum Verständnis der weiteren Entwicklung.

Strategie?

Das letzte Kapitel des Buches offenbart deutlich die Schwäche der kommunistischen Bewegung. Es existiert keine klare strategische Orientierung. Es gibt weder eine weitgehende Einigkeit bei der Analyse des heutigen Monopolkapitalismus noch eine klare Haltung zu

den Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse. Es fehlt eine Partei, die diese Orientierung in einem solidarischen und ehrlichen Diskussionsprozess kollektiv erarbeitet, auch wenn Parteivorstand, Sekretariat und große Teile der DKP bemüht sind, die Partei in diese Richtung zu entwickeln.

Entsprechend fragmentarisch bleibt die Analyse von B. Landefeld. In kurzen Abrissen vom IV. Weltkongress der Komintern 1922, über den Niedergang der französischen KP, der Nelkenrevolution in Portugal oder den Debatten der jungen DKP, werden zahlreiche Beispiele für Strategien von kommunistischen Parteien angeführt. Auch die widersprüchlichen Positionen der griechischen KKE heute werden benannt. Es bleibt bei Denkanstößen, zahlreiche Fragen müssen noch bearbeitet werden. Ist beispielsweise eine dezidiert anti-monopolistische Strategie nötig? Wenn ja, muss sie nicht die alte Orientierung auf eine so genannte anti-monopolistische Demokratie als Etappe überwinden? Wer ist Subjekt der revolutionären Veränderung? Wie muss der Kampf unter den spezifischen nationalen Bedingungen geführt werden?

Fazit

Die SMK-Theorie ist ein mächtiges Werkzeug für Kommunisten und die Lektüre des Bandes sehr zu empfehlen. Zahlreiche Quellenangaben untermauern die Argumente und laden zur vertieften Lektüre ein. Über die einzelnen Kapitel hinweg wird eine Erkenntnis deutlich: Triebkraft der Entwicklung des Monopolkapitalismus waren und sind seine inneren Widersprüche und die Konfrontation mit der organisierten Arbeiterklasse. Diese Widersprüche weiter offenzulegen und die Konfrontation (erneut) zu organisieren, bleibt unsere Aufgabe.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Gretchen Binus, Beate Landefeld und Andreas Wehr: Staatsmonopolistischer Kapitalismus. Köln 2014
- [2] ebenda, S. 19
- [3] ebenda, S. 20
- [4] ebenda, S. 21
- [5] ebenda, S. 21f
- [6] ebenda, S. 24ff
- [7] ebenda, S. 63
- [8] ebenda, S. 82
- [9] ebenda, S. 89f
- [10] ebenda, S. 91

INHALT

<i>Renate Münder</i>	
Editorial	1
Blickpunkt China und Russland	2
<i>Lucas Zeise</i>	
China und der Dollar	3
<i>Gerhard Feldbauer</i>	
Hintergründe des Konflikts China–Vietnam	5
<i>Elisseos Vagenas</i>	
Die internationale Rolle Chinas	7
<i>Richard Corell</i>	
Äquidistanz zu Russland heist Unterstützung des eigenen Imperialismus	9
<i>Richard Corell</i>	
Ein Wort zu Bratanovic/Carlens	10
<i>Herbert Mies</i>	
In der Frage der deutschen Einheit haben wir uns schwer getan	12
<i>Helmut Dunkhase</i>	
Geht dem Kapital die Arbeit aus?	13
<i>Stephan Müller</i>	
Produktivkraft-Entwicklung und aktuelle Krise	15
<i>Thomas Lurchi</i>	
Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse	18
<i>Marcel de Jong</i>	
Die Partei der Arbeit Belgiens	20
<i>Björn Blach</i>	
Perspektive Kommunismus?	23
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Björn Schmidt</i>	
Kontrovers diskutieren, einheitlich handeln	24
Literaturtipp	
<i>Timur Stockholm</i>	
Immer noch „Stamokap“?	26

IMPRESSUM

www.theoriepraxis.wordpress.com

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,
V. i. S. d. P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder, St.-Cajetan-Straße 20,
81669 München, E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1400

Der Bezug ist unentgeltlich.

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,
Spendenkonto Theorie & Praxis,
Konto-Nr. 419 702,
Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25,
IBAN: DE62 5135 0025 0000 4197 02,
SWIFT-BIC: SKGIDE5F

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per E-Mail an **TundP-Box@web.de** zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten. Es wird auf die Internet-Präsentation der Zeitschrift unter **www.theoriepraxis.wordpress.com** verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar.

Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.